

*Im Zentrum Europas – | Kapitel 5
neue Herausforderungen für Österreich*

UNTERNEHMERFÜHRERSCHEIN



IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber:

Wirtschaftskammer Österreich, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien,
Abteilung für Bildungspolitik

Gestaltung:

willmann.design

Belichtung und Druck:

Manz Crossmedia, 1050 Wien, Stolberggasse 26

Wien, April 2004

INHALTSVERZEICHNIS

1	Im Zentrum Europas – neue Herausforderungen für Österreich	8
1.1	EU-Vertiefung	8
1.1.1	Ausgangssituation	8
1.1.2	Die 50er-Jahre	10
1.1.3	Die 60er-Jahre	12
1.1.4	Die 70er-Jahre	14
1.1.5	Die 80er-Jahre	15
1.1.6	Die 90er-Jahre	16
1.1.7	Beginn des 21. Jh	18
1.2	EU-Erweiterung	22
1.3	Zusammenfassung	28
2	Arbeitsblätter und Lernkontrollen	29
	Arbeitsblatt 1 – Wirtschaft im Vergleich	30
	Arbeitsblatt 2 – Bruttoinlandsprodukt im Vergleich	31
	Arbeitsblatt 3 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Vertiefung“	32
	Arbeitsblatt 4 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Erweiterung“	33
	Lernkontrolle 1 – Grundfreiheiten	34
	Lernkontrolle 2 – EU-Erweiterung	35

3	Weiterführende didaktische Anregungen	36
	Workshopunterricht	36
	Vorträge und Wanderausstellungen	45
	Internetrecherchen	46
4	Tipps und Links	47
5	Folien	49
6	Lösungen	50
	Arbeitsblatt 1 – Wirtschaft im Vergleich	50
	Arbeitsblatt 2 – Bruttoinlandsprodukt im Vergleich	55
	Arbeitsblatt 3 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Vertiefung“	57
	Arbeitsblatt 4 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Erweiterung“	58
	Lernkontrolle 1 – Grundfreiheiten	59
	Lernkontrolle 2 – EU-Erweiterung	60

HINWEIS:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf die Endung „-in“ bzw. „-innen“ verzichtet. Die Skripten für den Unternehmerführerschein wenden sich natürlich gleichermaßen an Frauen und Männer.

LIEBE KOLLEGIN, LIEBER KOLLEGE!

Das Kapitel **Im Zentrum Europas – neue Herausforderungen für Österreich** ist auf die Bildungs- und Lehraufgabe „Verständnis grundlegender Zusammenhänge in betriebs-, volks- und weltwirtschaftlichen Bereichen sowie Kenntnisse gesamtwirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten, Strukturen und Probleme“ des Geografie- und Wirtschaftskunde-Lehrplans der AHS-Oberstufe abgestimmt.

Hinweise zum Aufbau:

Die Unterlage gliedert sich in

- Textteil,
- Arbeitsblätter und Lernkontrollen,
- weiterführende didaktische Anregungen,
- Tipps und Links,
- Folien und
- Lösungen.

Das Kapitel Im Zentrum Europas des Moduls B des Unternehmerführerscheins ist für **fünf Unterrichtseinheiten** konzipiert.

LIEBE SCHÜLERIN, LIEBER SCHÜLER!

Wir freuen uns, dass Sie den Unternehmerführerschein absolvieren wollen. In diesem Kapitel werden Sie Interessantes und Wissenswertes über die Europäische Union erfahren.

Nach diesem Kapitel wissen Sie

- welche Motive zur Gründung der EU geführt haben.
- wie im Laufe der Jahre das „Haus Europa“ gewachsen ist.
- welche Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden.
- welche Organe für welche Aufgaben zuständig sind.
- welche politische und wirtschaftliche Bedeutung die Mitgliedschaft für ein Land wie Österreich hat.
- welche Rolle Österreicher in der EU spielen.
- wie man Mitglied der Europäischen Union wird.
- wer unsere neuen Partner in der EU sind.
- was die neue EU-Verfassung (bzw. der Entwurf) beinhaltet.

Nach diesem Kapitel können Sie

- beurteilen, welche unterschiedlichen Perspektiven die EU-Mitgliedschaft hat.
- erklären und nachvollziehen, wie sich die EU entwickelt hat.
- erklären, welche Aufgaben der EU von welchen Organen übernommen werden.

1 IM ZENTRUM EUROPAS – NEUE HERAUSFORDERUNGEN FÜR ÖSTERREICH

1.1 EU-Vertiefung

„Ein Tag wird kommen, wo Du Frankreich, Du Russland, Du Italien, Du England, Du Deutschland, all ihr Nationen des Kontinents, ohne Eure jeweiligen Unterschiede und Eure ruhmreiche Individualität zu verlieren, Euch einer höheren Einheit einordnen und die europäische Brüderschaft begründen werdet (...) Ein Tag wird kommen, wo das universelle Wahlrecht der Völker Kugeln und Bomben durch Wahlzettel in der gewissenhaften Vermittlung eines großen souveränen Senats ersetzen wird, der für Europa das sein wird, was für England das Parlament, für Deutschland der Reichstag, die gesetzgebende Versammlung für Frankreich ist.“

Victor Hugo, Paris 1848

1.1.1 Die Ausgangssituation

Die Europäische Union wäre vor 100 Jahren noch ein „Traum“ gewesen, ein Krieg folgte auf den nächsten. Kriege schrieben die Geschichte Europas und änderten die Grenzen, die politischen Systeme und töteten Tausende von Menschen. Nach einem Krieg kam es anders ... nach dem Zweiten Weltkrieg kam es anders ... vor dem Hintergrund der Ost-West-Spaltung war es das oberste Ziel der Europäer, in einem geeinten Europa in Frieden und Sicherheit zu leben. Am 9. Mai 1950 ruft der französische Außenminister **Robert Schumann** zur Zusammenarbeit und zur Überwindung der „Gräben“ des Zweiten Weltkrieges auf. Diese Erklärung wird als die Geburtsurkunde der Europäischen Union angesehen.

Robert Schumann

E

Erklärung vom 9. Mai 1950 (Auszug)

Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.

Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen. Frankreich, das sich seit mehr als zwanzig Jahren zum Vorkämpfer eines Vereinten Europas macht, hat immer als wesentliches Ziel gehabt, dem Frieden zu dienen. Europa ist nicht zustande gekommen, wir haben den Krieg gehabt.

Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muss in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen. Zu diesem Zweck schlägt die französische Regierung vor, in einem begrenzten, doch entscheidenden Punkt sofort zur Tat zu schreiten.

Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen steht. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind.

Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. Die Schaffung dieser mächtigen Produktionsgemeinschaft, die allen Ländern offen steht, die daran teilnehmen wollen, mit dem Zweck, allen Ländern, die sie umfasst, die notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Produktion zu gleichen Bedingungen zu liefern, wird die realen Fundamente zu ihrer wirtschaftlichen Vereinigung legen.

...

Durch die Zusammenlegung der Grundindustrien und die Errichtung einer neuen Hohen Behörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die anderen teilnehmenden Länder bindend sein werden, wird dieser Vorschlag den ersten Grundstein einer europäischen Föderation bilden, die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist. ...

Quelle: Europäische Kommission



1.1.2 Die Geschichte der EU beginnt in den 50er-Jahren mit der Unterzeichnung der Gründungsverträge (EGKS, EuGH) und der Verträge von Rom (EWG, Euratom)



Paris – 18. April 1951, Unterzeichnung des Vertrages für EGKS
Foto: Europäische Kommission

Dieser erste Schritt für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft steht für die beiden bis heute wichtigsten Geistesströmungen, die dem europäischen Integrationsprozess Gestalt verliehen haben: das auf Dialog und Ergänzung zwischen lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Instanzen basierende föderalistische Konzept und der funktionalistische Ansatz auf der Grundlage der schrittweisen Übertragung von Souveränitätsrechten von der nationalen Ebene auf die Gemeinschaftsebene.



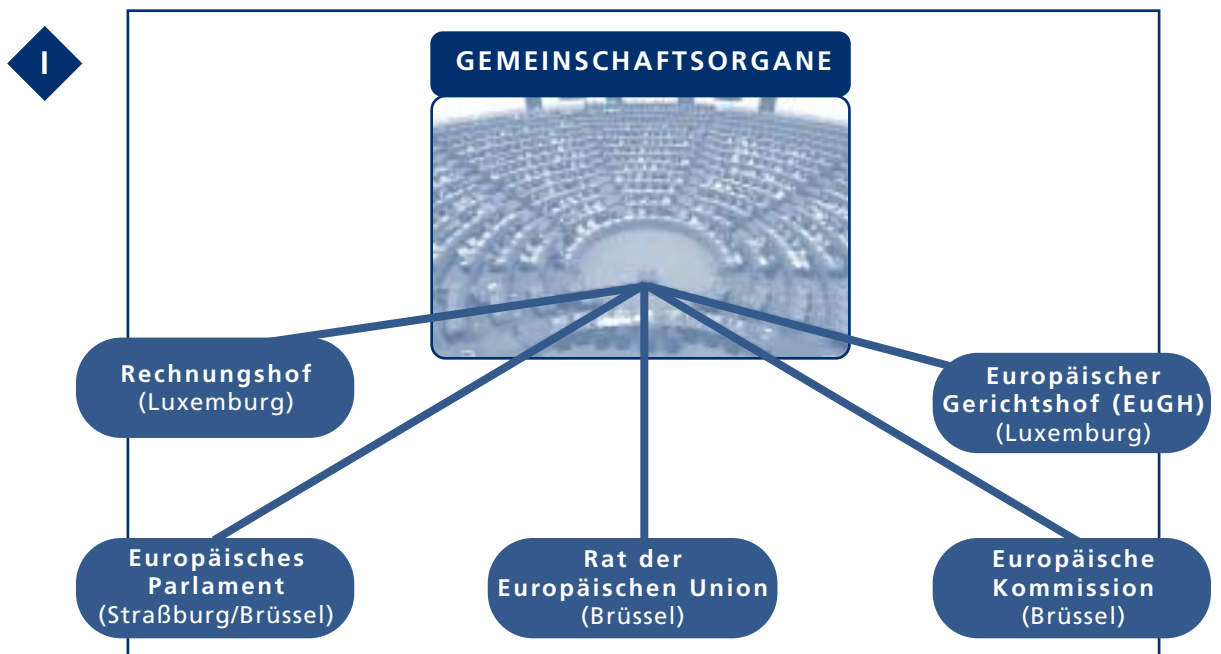
Gleichheitsprinzip

1.1.3 Die 60er-Jahre: Bildung gemeinsamer Organe für die Europäische Gemeinschaft + eine Zollunion entsteht



Organe Durch den „Fusionsvertrag“ werden die getrennt bestehenden **Organe** der Gemeinschaften (EWG, EAG, EGKS) zu einem gemeinsamen Rat und zu einer gemeinsamen Kommission zusammengeschlossen, der Begriff Europäische Gemeinschaft entsteht. Unberührt blieb zunächst die rechtliche Selbstständigkeit der Gemeinschaften. Die **Zollunion** wird verwirklicht, d.h., die Zölle für gewerbliche Erzeugnisse wurden bis Ende der 60er-Jahre vollständig abgeschafft.

Zollunion





Die Europäische Union ist durch eine institutionelle Grundstruktur gekennzeichnet, die sie von den traditionellen internationalen Organisationen unterscheidet. Die Mitgliedstaaten übertragen einen Teil ihrer Hoheitsrechte auf unabhängige EU-Organe, die die Interessen der Einzelstaaten ebenso wie das Gesamtinteresse der Gemeinschaft vertreten. Diese Organe sind durch komplexe komplementäre Beziehungen miteinander verbunden, aus denen sich der Entscheidungsprozess ergibt.

Der **Rat der Europäischen Union** ist das zentrale Entscheidungsorgan der Europäischen Union. Er setzt sich aus den für das jeweilige Thema der Tagesordnung zuständigen Ministern der 15 Mitgliedstaaten zusammen. Die Vertreter der Mitgliedstaaten beschließen alle wesentlichen Rechtsakte, d.h. Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse. Zur Berechnung der qualifizierten Mehrheit (mindestens 62 Stimmen) werden die Stimmen der Mitgliedstaaten wie folgt gewichtet: Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien: 10 Stimmen; Spanien: 8 Stimmen; Belgien, Griechenland, Niederlande und Portugal: 5 Stimmen; Österreich und Schweden: 4 Stimmen; Dänemark, Finnland und Irland: 3; Luxemburg: 2 Stimmen. Die Präsidentschaft im Rat wird für die Dauer von sechs Monaten abwechselnd von jeweils einem Mitgliedstaat wahrgenommen.

Das **Europäische Parlament** ist die demokratisch gewählte Vertretung der Völker der in den Europäischen Gemeinschaften zusammengeschlossenen Staaten. Es ist darüber hinaus am Rechtsetzungsprozess beteiligt. Das Europäische Parlament umfasst derzeit 626 Abgeordnete, die auf fünf Jahre gewählt werden. Dabei verteilen sich die Sitze im Europäischen Parlament wie folgt: 99 aus Deutschland, je 87 aus Frankreich, Italien und Großbritannien, 64 Abgeordnete aus Spanien, 31 aus den Niederlanden, je 25 aus Belgien, Griechenland und Portugal, 22 aus Schweden, 21 aus Österreich, je 16 aus Dänemark und Finnland, 15 aus Irland und 6 aus Luxemburg. Nach der Wahl 2004 wird sich die Sitzverteilung verändern und die Zahl der Sitze für die EU der 25 Länder auf 732 ansteigen. Österreich wird nach der Wahl 18 Sitze (statt bisher 21) haben.

Die **Europäische Kommission** ist die Hüterin der Verträge und wacht über die korrekte Durchführung der Verordnungen und Richtlinien des Rates. Derzeit gehören 20 Mitglieder der EU-Kommission an: zwei Deutsche, zwei Spanier, zwei Franzosen, zwei Italiener, zwei Briten und je ein Mitglied für die übrigen Länder. Sie führt die Gemeinschaftspolitik auf der Grundlage der Ratsbeschlüsse durch (zB im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik).

1.1.4 Die 70er-Jahre: Eigene Finanzmittel der EG, Ausdehnung der Arbeitsgebiete der EG, EWS löst die Währungsschlange ab, erste Direktwahl des EU-Parlaments, der Europäische Rechnungshof wird gegründet



Erste Direktwahl des EU-Parlaments Straßburg 1979

Foto: Europäische Kommission

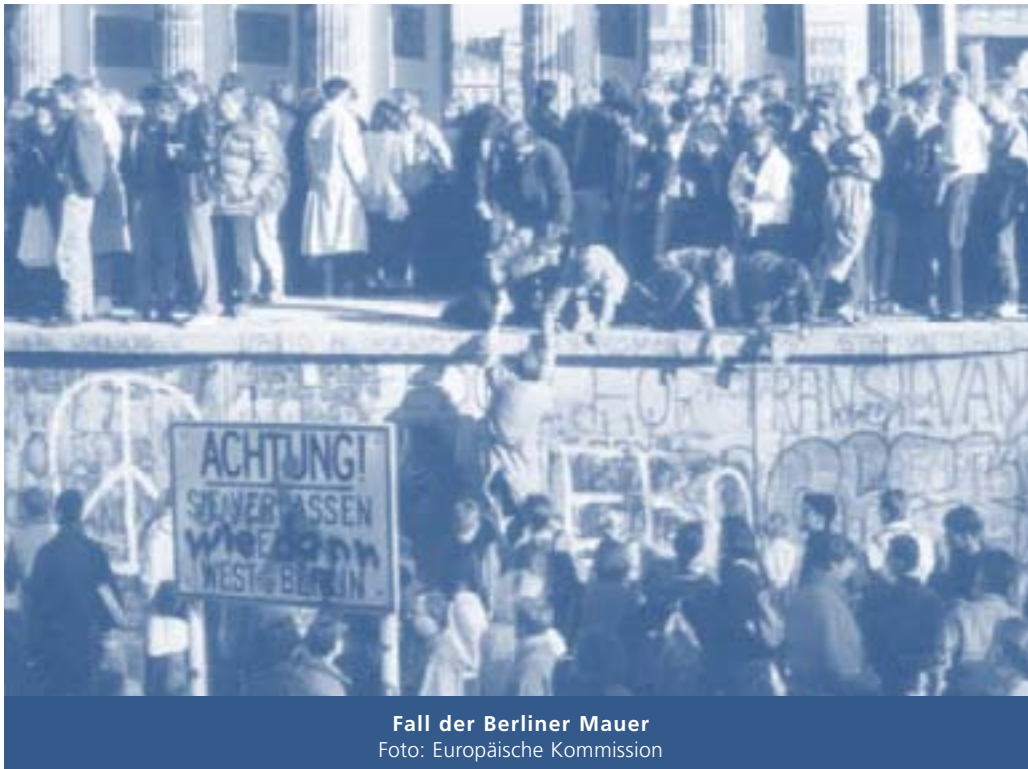
Angesichts der Erfolge der sechs Gründerstaaten treten Großbritannien, Dänemark und Irland der Gemeinschaft bei. Mit der Erweiterung auf neun Mitgliedstaaten wurde gleichzeitig das Wirken der Gemeinschaft durch neue Politiken (Sozial-, Regional- und Umweltpolitik) verstärkt. Die europäische Gemeinschaft hat ein System zur Schaffung Europäischer Gesetze etabliert, die Funktion des **Europäischen Parlaments** ist dem Europäischen Rat untergeordnet.

Europäisches Parlament

INSTITUTIONEN UND ENTSCHEIDUNGSPROZESSE DER EU			
EXEKUTIVE Verwaltung	LEGISLATIVE Gesetzgebung		JUDIKATIVE Gericht
Kommission	Europäischer Rat	EU-Parlament	EuGH
Mitgliedstaaten ernennen unter Mitwirkung des EU-Parlaments die Kommissare	besteht aus den Ministern der nationalen Regierungen	besteht aus direkt gewählten Abgeordneten	Richter werden durch die Regierungen ernannt. Der EuGH ist weisungsfrei und nur an das EU-Recht gebunden
schlägt neue Gesetze vor = Initialrecht	beschließt	beschließt mit und berät	urteilt bei Klagen
<div style="text-align: center;"> Entstehung von EU-Recht </div>			
Vorschlag	Beschluss		Beseitigung von Unklarheiten

Anmerkung: Mitgliedstaaten haben • direkten Einfluss • nur Mitsprache bei Ernennung

1.1.5 Die 80er-Jahre: Die Einheitliche Europäische Akte wird verabschiedet -> Binnenmarkt



Die Europäische Gemeinschaft wächst weiter, Griechenland, Spanien und Portugal treten bei („Europa der Zwölf“). Verabschiedung der **Einheitlichen Europäischen Akte (EEA)**. Dadurch wurden die Voraussetzungen zur Vollendung des Binnenmarkts geschaffen. Der **Binnenmarkt** mit seinen vier Grundfreiheiten prägt auch heute das gemeinsame Wirtschaften in Europa. Die vier Grundfreiheiten (siehe Kapitel 4, „Wirtschaftswelt Weltwirtschaft“) bauen auf dem Diskriminierungsverbot auf, d.h., jeder Bürger soll innerhalb der EU bzw. EWR (die Bezeichnungen entstehen eigentlich erst in den 90er-Jahren) gleich behandelt werden, keine Diskriminierung auf Grund der Staatsbürgerschaft ist erlaubt.

**Einheitliche
Europäische Akte
Binnenmarkt**

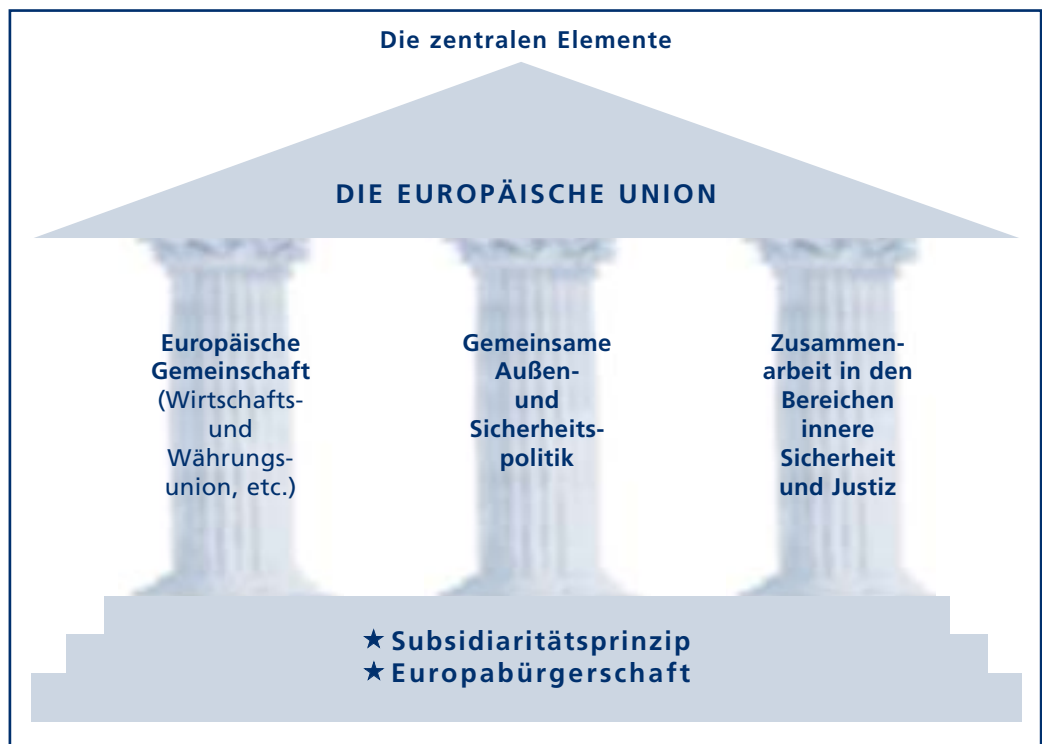
1.1.6 Die 90er-Jahre: Maastrichter Vertrag, EWR, Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion, Vertrag von Amsterdam (Stabilitätspakt), Dubliner Vertrag

Wirtschafts- und Währungsunion

Zentrales Anliegen der **Wirtschafts- und Währungsunion** (WWU) ist die Schaffung einer stabilen Währung (Euro) bei gesunder Finanzlage der Mitgliedstaaten (dafür wird ein Stabilitätspakt vereinbart – siehe Kapitel 2, „Geld“) und die Schaffung einer unabhängigen Europäischen Zentralbank.

Die Gründe für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Übertragung von Aufgaben auf EU-Ebene durch die Nationalstaaten sind vielfältig und haben auch einen hohen politischen Beweggrund:

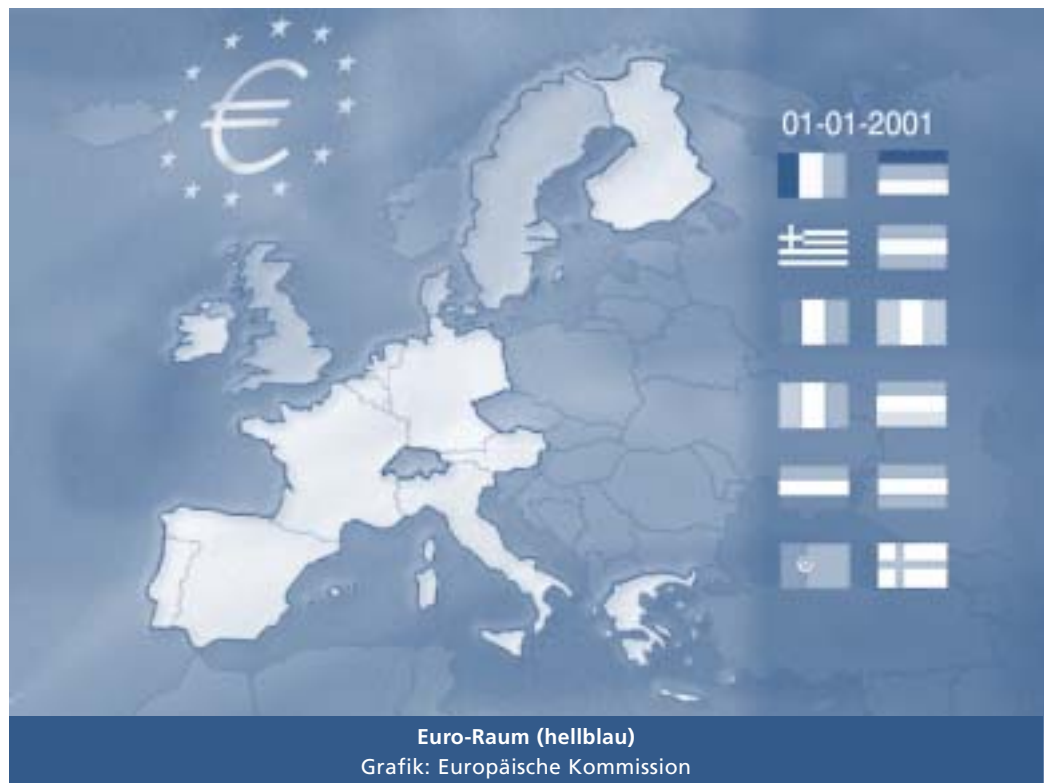
- Der Binnenhandel erleichtert vor allem für die kleinen Volkswirtschaften den Handel.
- Durch den Wettbewerbs- und daraus sich ergebenden Spezialisierungseffekt über die Landesgrenzen hinweg ergeben sich Vorteile für Produzenten wie für Verbraucher.
- Ein großer, integrierter Wirtschaftsraum kann eine Stabilisierung des Wirtschaftsmodells bedeuten, insbesondere der Arbeitnehmerrechte.
- Eine gemeinsame Währung dient als wichtiger Vorreiter für eine politische Union (hoher emotionaler Effekt).



Der „**Vertrag über die Europäische Union**“ („**Maastricht-Vertrag**“), weist der EU neue Kompetenzen u.a. in den Bereichen Kultur, Bildung, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Entwicklungshilfe, Außen- und Sicherheitspolitik zu. In den 90er-Jahren treten Schweden, Finnland und Österreich („**Europa der 15**“) der Europäischen Union bei, und es werden die Verhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern für eine Erweiterung eröffnet. Der **Vertrag von Amsterdam** (1997) stärkt die Kompetenzen des Europäischen Parlaments im europäischen Rechtsetzungsprozess. Dieser Vertrag bindet auch das Schengener Übereinkommen (mit dem Ziel, die Personenkontrollen an den Binnengrenzen aufzuheben) in den Besitzstand der Europäischen Union ein.

Europa der 15

1.1.7 Beginn des 21. Jh.: Vertrag von Nizza, Charta der Grundrechte, Euro-Einführung, EU-Konvent



Euro-Einführung

Eine Währung in Europa und eine starke Zentralbank sind nun Realität. Spätestens mit der **Euro-Einführung** in zwölf der EU-Mitgliedstaaten ist uns bewusst geworden, wie sehr auch der Alltag von europäischer Politik betroffen ist. Die Emotionen waren groß zwischen „Euphorie“ und „Teuro“. Die nächsten Schritte für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik sind in Diskussion, sie reichen von einer Harmonisierung der Besteuerung bis hin zur Sozialgesetzgebung.

Über fünf Jahrzehnte hat sich ausgehend von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1952) und den Römischen Verträgen (1957) über die Einheitliche Europäische Akte (1986) und die Vertragsrevisionen und Ergänzungen von Maastricht (1993), Amsterdam (1999) und Nizza (2000) ein dichtes Geflecht von Normen und Institutionen herausgebildet, das die Mitgliedstaaten der Europäischen Union intensiv miteinander verbindet. Inzwischen gehen rund 80 % der österreichischen Gesetzgebung auf Europäische Regelwerke zurück, die zuvor auf europäischer Ebene getroffen worden sind.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und des Kommunismus im östlichen Europa gelingt der Europäischen Union am Beginn des dritten Jahrtausends auch die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten und die

Ausdehnung der Zone der Stabilität und des Friedens auf fast ganz Europa. Es werden die Verhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakischen Republik eröffnet. 2004 treten zehn Staaten und vermutlich 2007 weitere zwei Staaten der EU bei. Die große Zahl an Mitgliedern wird die Funktionsfähigkeit (zB bei Entscheidungen) der EU auf eine harte Probe stellen.

WANDEL DER WICHTIGSTEN INSTITUTIONEN IN ZAHLEN, 1958 – 2002

	1958	1973	1981	1986	1995	ab 2005
Staaten	6	9	10	12	15	bis 27
Sprachen	4	6	7	9	11	22
Kommission	9	13	14	17	20	bis 27
Parlament	142	198	434	515	627	bis 732
Ratsstimmen	17	58	63	76	87	bis 345

Diese Tabelle veranschaulicht die Veränderungen der EU.

Der Europäische Rat verabschiedet daher den „Vertrag von Nizza“, der die Entscheidungsverfahren der EU ändert, um den Weg für die **EU-Erweiterung** frei zu machen. Der Europäische Rat im belgischen Laeken geht noch einen Schritt weiter und beschließt die Einsetzung eines Konvents, der Vorschläge zur politischen und strukturellen Weiterentwicklung – einen Verfassungsentwurf – für die Union ausarbeitet.

EU-Erweiterung

Die Europäische Union ist heute mehr als ein globaler Wirtschaftsblock mit 450 Mio. Einwohnern. Die EU mit Kompetenzen zur Harmonisierung der Justiz und der inneren Verwaltung, insbesondere zur Verbrechensbekämpfung und einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, hat mit dem EU-Konvent einen Reformprozess in Gang gesetzt, der in Richtung bundesstaatlicher Organisation der EU zeigt.

Der 105-köpfige EU-Konvent hat einen Entwurf für Europas künftige Verfassung vorgelegt. Freitag, der 13. Juni 2003, wird als historischer Tag in die EU-Geschichte eingehen. Dank des **Verfassungsentwurfes** wird die erweiterte EU demokratischer, transparenter und verständlicher werden.

Verfassungsentwurf

E

Kernaussagen des EU-Verfassungsentwurfs

Die in vier Teile gegliederte Verfassung gibt der EU Rechtspersönlichkeit. Die Präambel beschreibt die Werte, auf die sich die künftige Union „der Bürger und Staaten Europas“ gründet. Dazu gehören die „kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen“. Jeder Staatsangehörige eines Mitgliedstaates ist Bürger der Union. Er besitzt die doppelte Staatsbürgerschaft, die nationale und die Unionsbürgerschaft. Zur Verfassung gehört auch die Charta der Grundrechte der EU, wie sie im Dezember 2000 in Nizza verkündet wurde. Als Ziele wurden zudem „ein hohes Maß an Umweltschutz“, die Vollbeschäftigung und die „wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ festgeschrieben.

Zuständigkeiten

Es gibt ausschließliche Zuständigkeiten der Union etwa bei Handels- und Währungsfragen und geteilte Zuständigkeiten zwischen Union und mitgliedstaaten etwa in der Umwelt- und Energiepolitik. Alles, was nicht ausdrücklich in der Verfassung genannt wird, bleibt im Rahmen der Subsidiarität in der Zuständigkeit der Mitgliedsländer.

Die Institutionen der Union

Das Europäische Parlament, der Europäische Rat, der Ministerrat, die Europäische Kommission und der Gerichtshof sind die Organe der EU. Es wird eine „Doppelspitze“ geben. Neben dem für fünf Jahre gewählten Kommissionspräsidenten soll es einen Präsidenten des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs geben. Dessen Amtszeit dauert zweieinhalb Jahre und kann einmal verlängert werden. Der Kommissionspräsident wird auf Vorschlag des Rats vom Europäischen Parlament gewählt. Auf das Jahr 2009 verschoben wurde die Verkleinerung der Kommission von heute 20 auf dann 15 Mitglieder.

Außenminister

Es gibt künftig einen EU-Außenminister. Er wird mit Zustimmung des Kommissionspräsidenten vom Rat ernannt und ist Mitglied und Vizepräsident der Kommission. Unter den allgemeinen Zielen steht: „Die Europäische Union verfolgt eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die auf ... der Erreichung einer immer stärkeren Konvergenz des Vorgehens der Mitgliedstaaten beruht.“

Mehrheitsentscheidungen

Noch nachverhandeln muss der Konvent, in welchen Politikbereichen künftig Mehrheitsentscheidungen zur Regel werden (d.h. kein Vetorecht besteht).

Parlament und Bürgerbegehren

Das Europaparlament bekommt mehr Mitwirkungsrechte. Es entscheidet bei den meisten EU-Gesetzen mit. Künftig soll es auch das Instrument des Bürgerbegehrens geben. Wenn mindestens eine Million Unterschriften aus mehreren EU-Ländern zusammenkommen, muss sich die EU-Kommission mit dem Thema befassen.

Austrittsklausel

Nach den Vorschlägen des Konventspräsidiums soll es eine Austrittsklausel geben: Wer die Gemeinschaft wieder verlassen will, kann das tun.

E

Ein halbes Jahrhundert europäische Zusammenarbeit in Frieden hat die Geschichte des Kontinents und die Mentalität vieler Europäer geprägt sowie das Machtgefüge verändert. Die Regierungen der Mitgliedstaaten, unabhängig davon, welchem politischen Lager sie angehören, haben den **Ausgleich** zwischen nationaler Souveränität und gemeinsamen Interessen zu finden. Um mit einem der Gründerväter, Robert Schumann, zu sprechen: „teilen ihre Geschicke“. Die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und die politische wie wirtschaftliche Einigung des Kontinents eröffnet eine neue gemeinsame Zukunft. Die EU ist heute mehr als ein Wirtschaftsblock, die Mitgliedstaaten bekennen sich zu gemeinsamen Werten, deren Wurzeln in der Antike, im Christentum und insbesondere in der Aufklärung liegen.

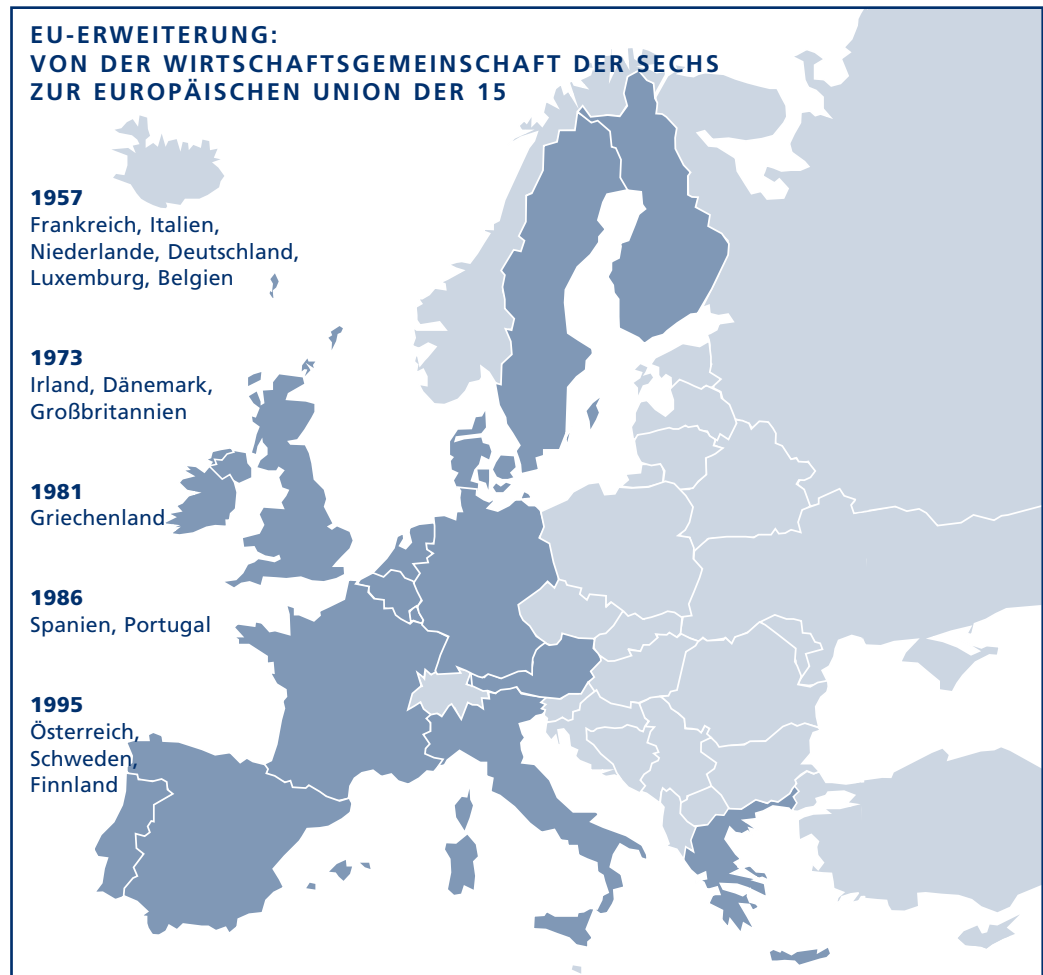
Ausgleich

In den letzten Jahren ist die Entwicklung der Europäischen Union von drei Themen gekennzeichnet:

- Der Krieg in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens relativiert die Selbstverständlichkeit der Friedenszone in Europa und bringt die Schrecken des Krieges quasi direkt vor die Haustür. Damit gewinnt das traditionelle Argument für die Friedensgemeinschaft EU wieder an Wert.
- In Zukunft bleibt der EU keine andere Wahl, als auf dem Weg einer gleichermaßen funktionsfähigen wie demokratischen Organisation, die entscheidungs- und handlungsfähig ist, ohne die Identität ihrer Mitgliedstaaten aufzugeben, weiter voranzuschreiten. Wenn die EU es versäumt, ihre Strukturen zu stärken und ihre Entscheidungsmechanismen auf die neue Anzahl an Mitgliedern auszurichten, läuft sie Gefahr, sich selbst zu lähmen. Die Diskussion über weitere Vertiefungsschritte bis hin zu einer eigenen Verfassung wird derzeit geführt.
- Die Vertiefung ist begleitet von „Skepsis“ bei vielen Bürgern und belastet von Bürgerferne und Desinformation.

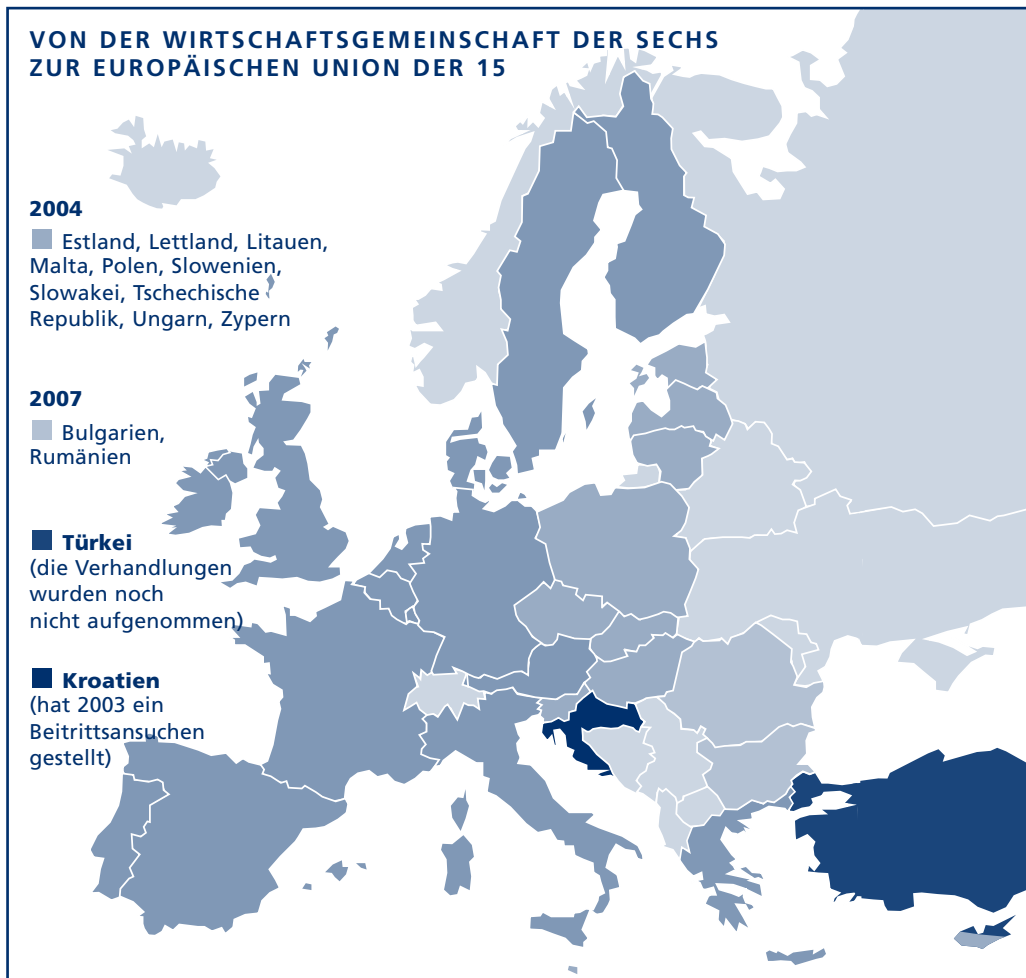
1.2 EU-Erweiterung

Die Europäische Union ist seit der Gründung in den 50er-Jahren jedes Jahrzehnt um neue Mitgliedstaaten erweitert worden. Von sechs auf 15 Mitgliedstaaten, nun bereits 25, dann vielleicht 27 Mitgliedstaaten und ...



politische Bezugspunkt

Die Erweiterung der EU um die Reformstaaten und zwei kleine Mittelmeerinseln wird die Europäische Union geografisch weit in den Osten ausdehnen. Die Europäische Union stellt allerdings bereits seit 1990 den **politischen Bezugspunkt** für die Reform der politischen und wirtschaftlichen Systeme in Mittel- und Osteuropa dar.



Die EU hat den Beitritt an folgende „Kopenhagener“ Voraussetzungen gebunden:

- **Politische Kriterien:** Stabilität der Institutionen; Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten müssen garantiert werden; Fähigkeit zur Übernahme der Pflichten der Mitgliedschaft (Acquis Communautaire).
- **Wirtschaftliche Kriterien:** Funktionsfähige Marktwirtschaften und Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck in der EU standzuhalten.

Mit diesen **Voraussetzungen** und dem Heranführungsprozess erfüllt die EU eine wichtige Ankerfunktion, die den Transformationsprozessen der Beitrittskandidaten Richtung und Ziel vorgibt. Die EU entwickelt sich zunehmend auch zum Sammelbecken für die Entwicklung gemeinsamer Interessen von EU-Mitgliedstaaten und den neuen Beitrittskandidaten. Die Perspektive der Mitgliedschaft hat bereits im Vorfeld der Erweiterung zu einer Stabilisierung in der Region geführt. Mit dem Beitritt entwickelt sich die EU zur wichtigsten europäischen Organisation für die Aufgabe der Sicherung gesamteuropäischer Stabilität und Konfliktprävention.

Voraussetzungen

Rechtsgemeinschaft

Eine Erweiterung der EU bringt für alte und neue Mitglieder **Chancen und Herausforderungen** (vergleiche dazu die unten stehenden Grafiken). Sie sichert den Frieden in der Region und fördert die wirtschaftliche Entwicklung sowie die gesamteuropäische **Rechtsgemeinschaft**, zB durch harmonisierte Wettbewerbsregeln oder europäische Umweltschutz- und Sozialstandards auch in den Beitrittsländern. In einzelnen Bereichen bestehen Übergangsregelungen, zB für die Freizügigkeit am Arbeitsmarkt. Die Erweiterungsrunde 2004 stärkt das Gewicht der EU auf der internationalen politischen „Bühne“.

DIE CHANCEN DER EU-ERWEITERUNG■ **Frieden und Stabilität** in Europa

Die EU muss und will ihren Nachbarländern bei ihrer demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung helfen: Frieden und Stabilität sind die Voraussetzungen für eine blühende Wirtschaft und umgekehrt.

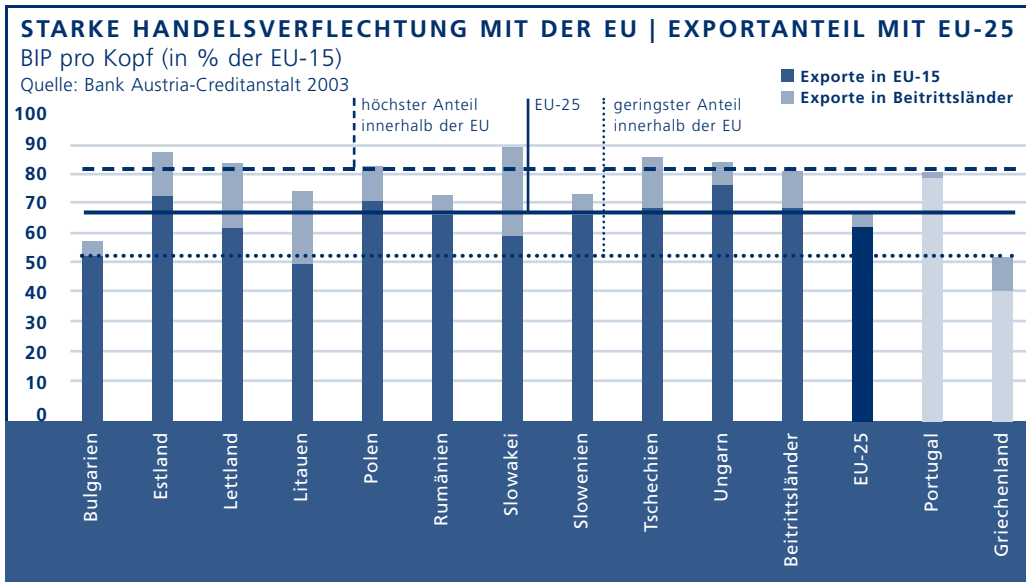
■ Erhebliches **Wachstumspotenzial** durch den entstehenden größten Binnenmarkt der Welt (2000: 15 Mrd. € Handelsüberschuss der EU-15 gegenüber Beitrittskandidaten).■ **Größeres Gewicht** der erweiterten EU auf der internationalen politischen Bühne (zB Nato, WTO, UNO).**DIE ÖKONOMISCHE BEDEUTUNG DER EU-ERWEITERUNG**■ **Integration** einer Gruppe reicher Länder (375 Mio. Einwohner) mit einer Gruppe wesentlich ärmerer Länder (75 Mio. Menschen).■ **Zunehmen der Bevölkerung** um 20 %, Zunahme der Fläche um 23 %.**Unterschiede zu bisherigen Erweiterungen:**

■ Das durchschnittliche BIP pro Kopf ist um mehr als 50 % kleiner als in den alten Mitgliedstaaten.

■ Die meisten Mitglieder durchlaufen schwierige Wirtschaftsreformen: von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft.

■ Die Erweiterung wird sich auf die angrenzenden Länder (Deutschland und Österreich) stärker auswirken.

Für die neuen Mitglieder bedeutet der Beitritt einen Prozess weitgehender Änderungen in der Wirtschaftsstruktur. Die Veränderung des Wirtschaftens in den Beitrittskandidatenländern zeigt sich auch an der Veränderung der Handelsverflechtungen. Heute sind die EU-Mitgliedstaaten für die Beitrittskandidatenländer die wichtigsten Exportmärkte.



Die neuen Mitgliedstaaten sind mit der Herausforderung konfrontiert, die sich aus dem unterschiedlichen Lebensstandard ergibt, und der daraus resultierenden Unzufriedenheit in einigen der **Transformationsstaaten** (d.h. Länder, in denen sich das politische und wirtschaftliche System im Wandel befindet). Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt in den neuen Beitrittsländern weit unter dem EU-Durchschnitt. Die EU weckt daher bei vielen Bürgern in den neuen Beitrittsländern Erwartungen, die sie nur schwer erfüllen wird können. Für die Realisierung des Beitritts werden hohe Kosten entstehen (siehe Grafik), diese Kosten dienen zum Ausgleich der ökonomischen Unterschiede in den neuen Beitrittsländern. Im Jahr 2004 sind also zehn Staaten der Europäischen Union beigetreten, die Abstimmungen in den neuen EU-Ländern sind durchwegs positiv verlaufen. Die Heranführung der neuen Beitrittsländer an die EU hat eine umfangreiche Reformbereitschaft in diesen Ländern aufgezeigt.

Transformationsstaaten

Die Grafik erläutert die Kosten der EU-Erweiterung.

DIE KOSTEN DER ERWEITERUNG FÜR DIE EU

- **1990 – 1999:** EU gab jährlich 680 Mio. € für die Beitrittskandidaten aus, das sind **0,008 % des BIP** der EU-15.
- **2000 – 2003:** EU gibt jährlich 3,3 Mrd. € für die Beitrittskandidaten aus, das sind **0,04 %** des jährlichen **BIP** der EU-15.
- **2004 – 2006:** Die Beitrittsländer sollen insgesamt max. 40,8 Mrd. € erhalten (davon 9,8 Mrd. für die Landwirtschaft und 21,8 Mrd. für Strukturhilfen).
- **Aber:** Beitrittsländer zahlen ca. 15 Mrd. € Beiträge in die EU und rufen nicht alle Mittel ab (Nettobelastung der EU 10 bis 15 Mrd. €).
- **2007 – 2013:** Höhe der Mittel abhängig von der Haushaltsreform der EU.

Diese Darstellung zeigt, wie sich eine Nichterweiterung ausgewirkt hätte.

DIE KOSTEN DER NICHTERWEITERUNG DER EU

- **Beitrittsländer:** Anreiz zu ökonomischen Reformen wäre geschwächt worden, ausländische Investitionen wären verzögert worden und es wäre zu geringerem Wachstum gekommen.
- **EU-15:** Durch Verzögerung eines großen Binnenmarktes und geringeres Wachstum bei den Beitrittskandidaten wäre es zu Wohlfahrtsverlusten bei der EU-15 gekommen.
- Keine Zusammenarbeit bei organisierter Kriminalität, illegaler Immigration oder Terrorismus.
- **Folgen:** Größere **politische Instabilität** in Europa, der Prozess der Demokratisierung in den Beitrittsländern wäre geschwächt worden.
- **Euroskeptizismus** in den Beitrittsländern wäre gestiegen.

Mit Bulgarien und Rumänien befinden sich noch zwei weitere Länder im Verhandlungsprozess für die Aufnahme in die Europäische Union. Derzeit wird davon ausgegangen, dass bis 2007 auch diese beiden Staaten der EU angehören und bis dahin umfangreiche Reformen in ihren Ländern realisieren werden.

Die Türkei ist das einzige Land mit Beitrittskandidatenstatus, mit dem derzeit keine Verhandlungen geführt werden, da es bis dato die politischen Kriterien für die Beitrittsverhandlungen nicht erfüllt. Die EU ist mit der Türkei durch eine Zollunion ökonomisch verbunden.

Ob nach der Beitrittsrunde 2007 bald weitere Länder in die EU aufgenommen werden, wird derzeit eher kritisch gesehen, denn die EU wird zunächst das Wachstum von 15 auf 27 Mitgliedstaaten und die sich daraus ergebenden Herausforderungen bewältigen. Interesse an einem Beitritt besteht aber bei weiteren Ländern: Kroatien hat 2003 ein Beitrittsansuchen gestellt, und Länder im Südosten Europas zeigen auch Interesse an einer Mitgliedschaft.

1.3 Zusammenfassung

Zum Abschluss dieses Kapitels haben wir für Sie zur Erinnerung und Wiederholung einige wichtige Begriffe und ihre Bedeutung in Form eines Glossars zusammengestellt:

BEGRIFF	BEDEUTUNG
ACQUIS COMMUNAUTAIRE	Der französische Begriff steht für den Besitzstand der Europäischen Union, bestehend aus den Verträgen und Rechtsakten.
BINNENMARKT	Ziel ist die Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen, in dem die vier Freiheiten gelten: freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen. Der gemeinsame Markt ist die Voraussetzung für weitere Schritte zu einer engeren Union.
DEMOKRATIE-DEFIZIT	Der EU wird ein Mangel an Demokratie vorgeworfen, weil sie nationale Kompetenzen übernimmt, aber nicht entsprechend demokratisch auf europäischer Ebene legitimiert ist. Es gibt keine Regierung der EU, die aus Wahlen hervorgeht. Durch die Reformen der EU soll das Demokratiedefizit abgebaut werden.
EUROPÄISCHE UNION	Mit dem Vertrag von Maastricht wurden 1993 die drei so genannten Pfeiler des vereinten Europas unter das Dach der EU gefügt: Europäische Gemeinschaften, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in Strafsachen.
EUROPÄISCHE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK	Die EU will in Zukunft ihre gemeinsamen grundlegenden außenpolitischen Interessen abstimmen. In internationalen Organisationen geben die EU-Mitglieder geschlossen ihre Stimme ab.
KOHÄSIONSFONDS	Der Fonds dient zum Ausgleich für EU-Staaten, die wirtschaftlich unter dem EU-Durchschnitt liegen, für Umwelt- und Verkehrspolitik.
WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION	Sie umfasst: einen Binnenmarkt mit freiem Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, unwiderruflich feste Wechselkurse, die einheitliche Währung Euro sowie eine einheitliche Geldpolitik. Neben der gemeinsamen Währung wird auf eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft bei hohem Beschäftigungsniveau gezielt. Die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten soll abgesprochen werden.

2 ARBEITSBLÄTTER UND LERNKONTROLLEN

Im folgenden Kapitel finden Sie Arbeitsaufgaben zu den vorher besprochenen Themenbereichen. Diese sollen den Schülern eine Möglichkeit bieten, die besprochenen Inhalte zu festigen und praktisch anzuwenden.

Zur Erarbeitung dieser Arbeitsaufgaben sind teilweise zusätzliche Recherchen notwendig. Die dafür notwendigen Internetadressen werden im Arbeitsblatt erwähnt bzw. finden Sie im Kapitel 4 Tipps und Links.

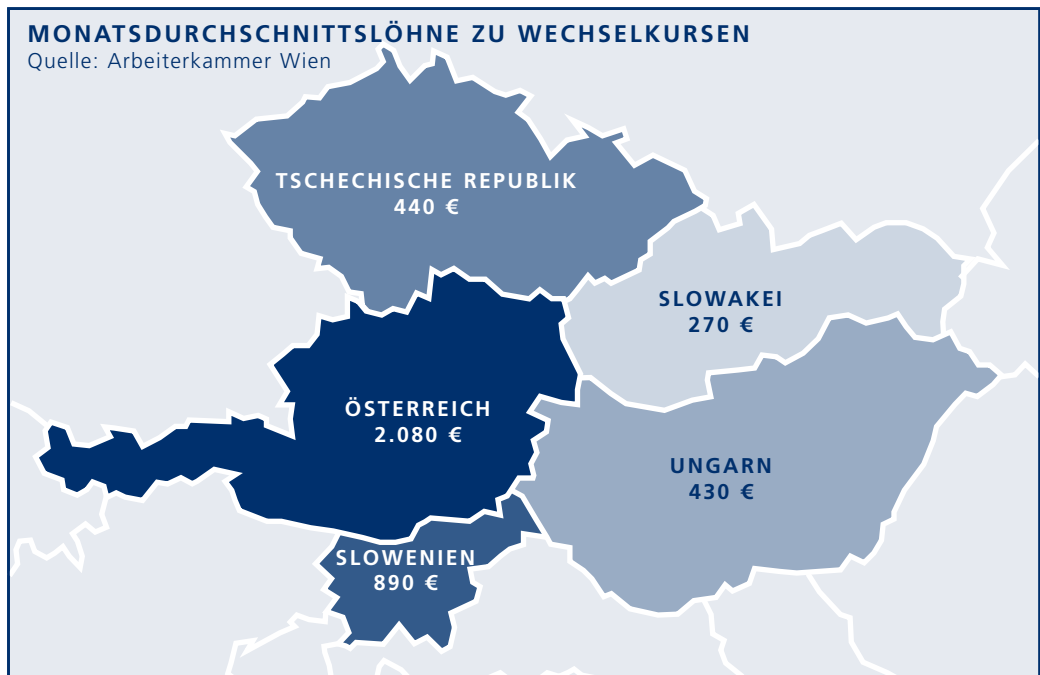
Die Arbeitsblätter sind nach den jeweiligen Themenbereichen zusammengestellt und hauptsächlich anwendungs- und problemorientiert.

Die Lernkontrollen sollen dem Schüler eine Überprüfung seines Wissens ermöglichen. Sie sind vor allem dann relevant, wenn Teile des Lernstoffes im Selbststudium erarbeitet werden sollen.



ARBEITSBLATT 1 – Wirtschaft im Vergleich

Die Europäische Union ist kein einheitlicher Wirtschaftsblock, die wirtschaftliche Situation ist in den Mitgliedstaaten zum Teil relativ unterschiedlich. Besonders drastisch zeigt sich dies im Verhältnis zu den neuen Beitrittsländern. Ein Beispiel dafür sind die sehr unterschiedlichen Monatsdurchschnittslöhne. Stellen Sie sich je eine Autobusfahrer*in in den fünf unten dargestellten Ländern vor; jede macht den gleichen Job und ihre monatlichen Gehälter wären doch ziemlich unterschiedlich.



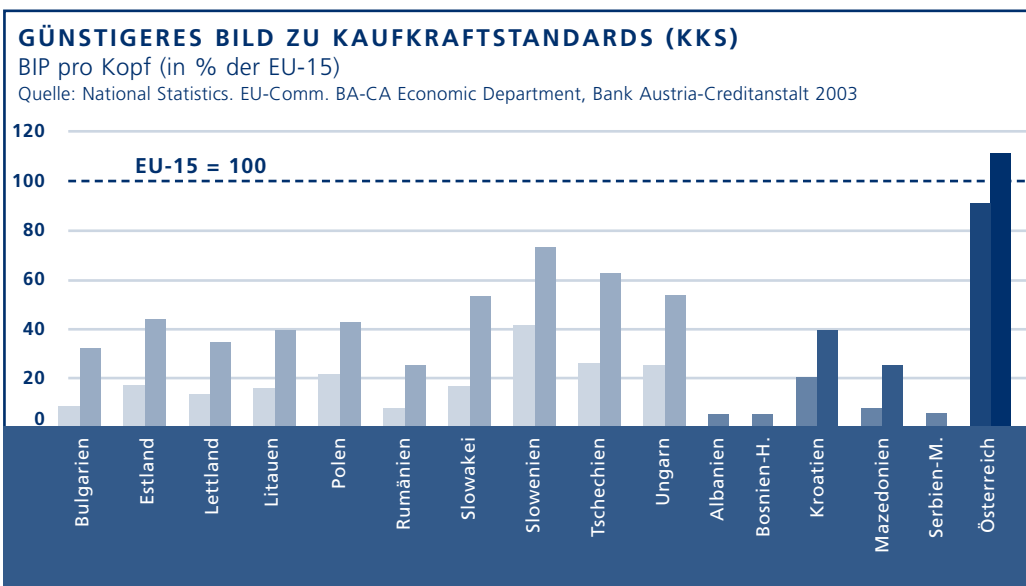
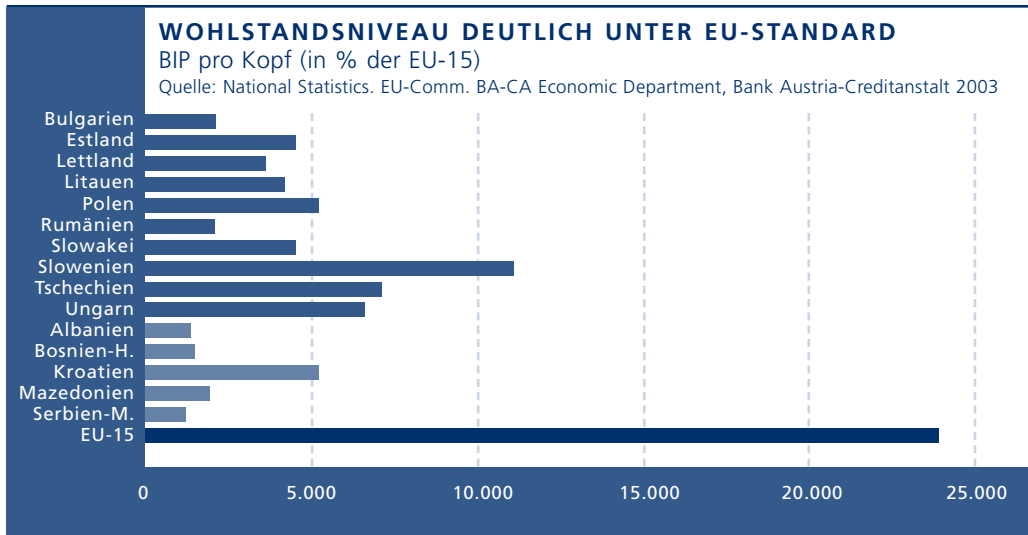
Aufgabe 1: Interpretieren Sie die Grafik.

Aufgabe 2: Überlegen Sie bitte, warum ein ausländisches Unternehmen trotz höherer Lohnstückkosten am Wirtschaftsstandort Österreich investieren soll!

ARBEITSBLATT 2 – Bruttoinlandsprodukt im Vergleich

Einer der wichtigsten Indikatoren für den Vergleich der Leistungsfähigkeit der EU-Länder ist das Bruttoinlandsprodukt.

Aufgabe 1: Wissen Sie noch, was das Bruttoinlandsprodukt bedeutet?



Aufgabe 2: In den beiden Grafiken wird jeweils das Bruttoinlandsprodukt dargestellt.

2.1 Warum ergibt sich ein günstigeres Bild des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf bei Berücksichtigung der Kaufkraft?

2.2 Ergänzen Sie noch die Werte für Österreich, Portugal und Griechenland. Nutzen Sie dazu das Angebot der statistischen Daten auf dem Portal der WKÖ, <http://wko.at/statistik>

oder von Statistik Austria, www.statistik.at

Wie interpretieren Sie nun das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich der EU-Länder?

ARBEITSBLATT 3 – Stärken-Schwächen-Analyse

„EU-Vertiefung“

Erstellen Sie eine Stärken-Schwächen-Analyse für den Themenschwerpunkt. Diese Analyse ist ein Managementwerkzeug, damit werden die Stärken und Schwächen eines Themas analysiert, um daraus eine Strategie für die Zukunft zu entwickeln, wobei die Stärken und Schwächen eine relative Größe sind und erst im Vergleich mit anderen Betrachtungen anderer Personen interessant sind.

Letztlich soll beurteilt werden, wie die Europäische Union mit ihren gegebenen Kompetenzen und Ressourcen agiert. Nutzen Sie für die Erstellung der Analyse auch Ihr Geografie-Schulbuch und das Internet.

[illegible]

ARBEITSBLATT 4 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Erweiterung“

Erstellen Sie eine Stärken-Schwächen-Analyse für den Themenschwerpunkt. Diese Analyse ist ein Managementwerkzeug, damit werden die Stärken und Schwächen eines Themas analysiert, um daraus eine Strategie für die Zukunft zu entwickeln, wobei die Stärken und Schwächen eine relative Größe sind und erst im Vergleich mit anderen Betrachtungen anderer Personen interessant sind.

Letztlich soll beurteilt werden, wie die Europäische Union mit ihren gegebenen Kompetenzen und Ressourcen agiert. Nutzen Sie für die Erstellung der Analyse auch Ihr Geografie-Schulbuch und das Internet.

[illegible]

LERNKONTROLLE 1 – Grundfreiheiten

1. Ordnen Sie den Erklärungen jeweils eine der vier Grundfreiheiten zu:

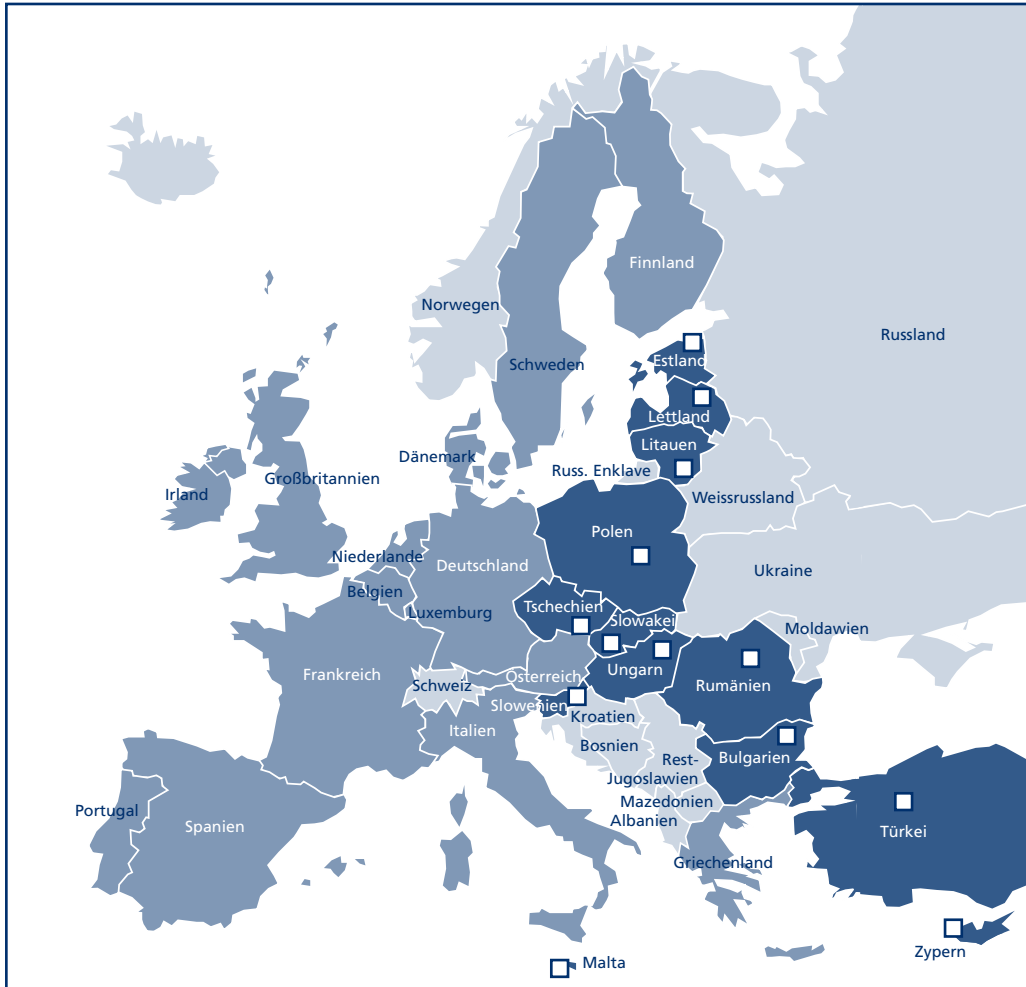
AUSSAGE	FREIER KAPITALVERKEHR	FREIER PERSONENVERKEHR	FREIER WARENVERKEHR	FREIER DIENSTLEISTUNGSVERKEHR
Das Grundprinzip teilt sich in Niederlassungsfreiheit für Selbstständige und Freizügigkeit für Arbeitnehmer, d.h., jeder Bürger der EU kann in jedem Mitgliedstaat einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit nachgehen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Grundprinzip gewährt Personen oder Unternehmen das Recht, grenzüberschreitend Dienstleistungen anzubieten, ohne sich dort niederzulassen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Grundprinzip liegt in der Beseitigung und Verhütung von Handelshemmnissen. Wettbewerbsbeschränkungen sowie der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung sind mit dem Prinzip nicht vereinbar. Diese Grundfreiheit basiert auf dem gegenseitigen Vertrauen in die Qualität der Produkte, d.h., ein Produkt, in einem EU-Land zugelassen, darf in jedem anderen auch verkauft werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Für die Verwirklichung des Binnenmarktes ist die Freizügigkeit des Geld- und Kapitalmarktes eine wichtige Voraussetzung. Ohne frei verfügbares Kapital wäre freier Warenverkehr kaum möglich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Nennen Sie zumindest zwei weitere Kernpunkte der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, neben den vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes.

3. Welche Organe der Europäischen Union sind für die Gesetzgebung zuständig?

LERNKONTROLLE 2 – EU-Erweiterung

1. Welche der Beitrittskandidaten sind 2004 der Europäischen Union beigetreten? Bitte markieren Sie diese Länder auf der Karte!



2. Welche Kriterien muss ein Beitrittsland erfüllen?

3. In welchem Bereich hat der Prozess der Europäischen Union in den 50er-Jahren begonnen? Bitte markieren Sie die richtige Antwort!

- ☐ Politik
- ☐ Wirtschaft
- ☐ Militär
- ☐ Bildung
- ☐ Kultur

3 WEITERFÜHRENDE DIDAKTISCHE ANREGUNGEN

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Im Folgenden finden Sie eine Reihe weiterer unterrichtspraktischer Anregungen, die Sie zusätzlich im Unterricht umsetzen können. Sie sind nicht nur als Vertiefung der Inhalte des Unternehmerführerscheins anzusehen, sondern eignen sich auch zum Einsatz in weiteren Bereichen des Unterrichts. Bei projektorientierten, kreativen und handlungsorientierten Aufgabenstellungen sind von den Schülern Vorleistungen außerhalb der Unterrichtszeit zu erbringen.

3.1 Workshopunterricht Szenarien der Entwicklung der Europäischen Union

Die Inhalte der einzelnen Themen können den Schülern im Rahmen eines Workshopunterrichts näher gebracht werden. Dabei werden einzelne Arbeitsgruppen gebildet, welche die jeweiligen Aufgabenstellungen möglichst selbstständig ausarbeiten. Die Aufgabe des Lehrers liegt in der aktiven Unterstützung und Hilfestellung der einzelnen Arbeitsgruppen.

Die Ergebnisse der Ausarbeitungen sollen von den Schülern aufbereitet und präsentiert werden (OH-Folien, Flip-Chart, PowerPoint-Präsentation etc.).

Am Ende der jeweiligen Workshops können die jeweiligen Ergebnisse in der Klasse diskutiert und die Themenbereiche nochmals durchbesprochen werden.

Folgende Arbeitsschritte können gebildet werden:

Arbeitsschritt 1: Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Vertiefung“

Arbeitsschritt 2: Szenario-Methode für die EU (auf Basis einer durchgeführten Studie)

In einer Unterrichtseinheit können so mehrere unterschiedliche Themen von verschiedenen Gruppen bearbeitet werden. Natürlich ist es auch möglich, dass nur ein Thema pro Unterrichtseinheit behandelt wird. Dies hat den Vorteil, dass am Ende der Unterrichtseinheit die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen verglichen werden können.

Im Folgenden finden Sie Arbeitsanweisungen für die Schüler zu den einzelnen Workshops.

ARBEITSSCHRITT 1 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Vertiefung“

Erstellen Sie eine Stärken-Schwächen-Analyse für den Themenschwerpunkt „EU-Vertiefung“. Diese Analyse ist ein Managementwerkzeug, damit werden die Stärken und Schwächen eines Themas analysiert, um daraus eine Strategie für die Zukunft zu entwickeln.

Arbeitsaufgabe 1: Lesen Sie folgende Zeitungsartikel durch und analysieren Sie die Stärken und Schwächen einer „EU-Vertiefung“. Bearbeiten Sie auch Informationen aus der Homepage des BM für Wirtschaft und Arbeit (www.aussenwirtschaft.info/indexi.htm), um Ihre Analyse zu komplettieren, und nutzen Sie die unten stehende Struktur.

[illegible]

ARBEITSSCHRITT 1 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Vertiefung“

Schwung für die europäische Wirtschaft

Mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten gewinnt die EU-Wirtschaft an Dynamik. Die Wachstumsraten der Erweiterungsländer sind doppelt so hoch wie jene der EU-15. Der Euro-Beitritt wird die nächste Nagelprobe.
Christoph Prantner

... mit dem 1. Mai 2004 wird die Europäische Union nicht nur zehn Mitgliedsländer und rund 75 Millionen Bürger mehr haben, sie wird auch eine ökonomische Dynamik aufnehmen, die dem vereinten Europa schon seit Jahren abgeht. Und dieser Wirtschaftsschwung wird vor allem von den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) getragen. Das haben das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) und im Ostgeschäft tätige österreichische Banken in ihren jüngsten Studien zur Region festgestellt.

Die beitretenden MOEL (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien) haben in den vergangenen Jahren substantielle Wachstumsraten geschrieben – obwohl Wirtschaft und damit Nachfrage der EU-Staaten stagnierten. Während die meisten der EU-15 nicht über ein Prozent Wachstum hinauskamen, wurde aus dem Osten mindestens das Doppelte gemeldet. Und so wird es den Prognosen im Bericht des WIIW (Juli 2003) zufolge auch bleiben.

„Die Rückwirkung der Erweiterung ist klar quantifizierbar: Mit der Erweiterung von den EU-15 auf die EU-25 wird es nach unseren Berechnungen ein Produktivitätswachstum von jährlich zusätzlich 0,25 Prozentpunkten in der Europäischen Union geben“, erklärt Peter Havlik, der stellvertretende Direktor des WIIW, im Gespräch mit dem STANDARD. Die Vorteile würden überwiegen, Schwierigkeiten könnte es in Hinkunft für die MOEL nur in der Geld- und Fiskalpolitik geben (Stichwort Euro), bei den Kosten für die Erweiterung oder bei einem weiter flauen Wachstum in der EU.

Arbeitslosigkeit

Der einzige wirkliche Wermutstropfen, den das WIIW ausmachen kann, sind die anhaltend hohen Arbeitslosenraten in den Beitrittsländern. Zeigen sie in der Slowakei immerhin tendenziell nach unten, liegen sie in Polen gleich bleibend hoch. „Wir sind skeptisch, dass es hier zu schnellen Ver-

ARBEITSSCHRITT 1 – Stärken-Schwächen-Analyse

„EU-Vertiefung“

besserungen kommt“, so Havlik. Migrationswellen nach Westen schließt er allerdings aus, die kämen selbst in Ungarn, einem Land mit einem ausgeprägten ökonomischen West-Ost-Gefälle, nicht vor. In der „Strategie Ost – 4. Quartal“ der Wiener Raiffeisen Zentral-Bank (RZB) wird eine ähnliche Position vertreten: „Kein einziges Land der gesamten Region, auch in Südeuropa, ist in ein Stagnationsszenario zurückgefallen. (...) 2004 wird der Wachstumsvorsprung gegenüber Euroland zwar leicht abnehmen, doch mit deutlich über drei Prozent durchschnittlichem BIP-Wachstum wird für die Kapitalmärkte eine gesunde Basis gelegt.“ In den kommenden Quartalen werde zum letzten Mal eine „EU-Beitrittsfantasie auflodern“.

„Getragen wurde das Wachstum vor allem durch den privaten Konsum und durch expansive Budgets in einigen Ländern (Ungarn, Tschechien, Slowenien – dort wurde gewählt, Anm.)“, erklärt Marie Louise Burkart, Ost-Analystin bei der RZB. Was die Rückwirkung des Beitritts auf die EU angeht, ist sie etwas skeptischer als das WIIW: „Wachstumsmäßig ist für die EU sicher noch etwas drinnen, der Großteil der Geschichte ist aber abgeschlossen.“ Viel hänge davon ab, wie sehr die neuen Mitgliedstaaten imstande seien, etwa von EU-Zahlungen zu profitieren.

„Problemfall Balkan“

In Südosteuropa, so Burkart, sei das Wachstum sogar – von einem viel niedrigeren Niveau ausgehend – höher ausgefallen als bei Österreichs unmittelbaren Nachbarn. Die ersten Reformen griffen, die Frage sei bloß, wie nachhaltig diese – vor allem in Serbien – seien. Kroatien indes habe intakte Chancen, der EU mit Rumänien und Bulgarien voraussichtlich 2007 beizutreten.

Die größte Herausforderung für die MOEL ist laut RZB der Beitritt zur Eurozone, der zwischen 2008 und 2010 angestrebt wird. Burkart: „Das heißt, 2006 müssten sie die Maastricht-Kriterien erfüllen. Man wird sehen, ob die Dynamik dafür reicht.“ www.wiiv.ac.at www.rzb.at

Quelle: Der Standard, 8.10.03 (gekürzt)

ARBEITSSCHRITT 1 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Vertiefung“

Einführung *Stephen Bastos*

Die Europäische Union ist das auf ständige Weiterentwicklung angelegte Produkt des (west-)europäischen Integrationsprozesses der letzten gut fünfzig Jahre. Sie stellt einen vertraglich begründeten freiwilligen Zusammenschluss von ... demokratisch und rechtsstaatlich strukturierten europäischen Nationalstaaten dar, der mit massiven Eingriffen in die nationalstaatlichen Souveränitätsrechte verbunden ist. Die EU gründet auf einem gemeinsamen Binnenmarkt mit gemeinsamer Währung und verfügt über eigene Organe und über eine eigene autonome Rechtsordnung. ... Gemäß Art. 1 des EU-Vertrages stellt die EU eine *„immer engere Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden“*.

... Das politische System der Europäischen Union ist im Einzelnen durch folgende Charakteristiken gekennzeichnet:

1. *Dynamischer Prozesscharakter mit offenem Ausgang ...* „Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar ...“ Die EU wurde also nicht auf der Basis eines endgültigen Gründungsplans in einem europäischen Verfassungsakt mit einem „Big Bang“ konstituiert. Im Gegenteil, der europäische Integrationsprozess wurde schrittweise und pragmatisch, entsprechend den Interessen und Vorstellungen der beteiligten Staaten vorangetrieben ... Hierin ist geradezu ein entscheidendes Erfolgsgeheimnis der europäischen Integration zu sehen ... Gleichzeitig liegt hier ein Grund für die oft bemängelte Unübersichtlichkeit und Komplexität der Union.

2. *Polyzentrischer Verflechtungs- und Mehrebenencharakter ...* Die Entscheidungsgewalt ist im politischen System der EU nicht in einem Punkt konzentriert, sondern auf verschiedene Ebenen und Institutionen verteilt. Es fehlt ein politisches Zentrum, in dem die politische Substanz der Union akkumuliert und verkörpert ist ...

3. *Komplementäre Struktur zu den politischen Systemen der Mitgliedsstaaten/Wechselwirkungen zwischen europäischer und nationaler Ebene ...* Das politische System der EU ist von seiner gesamten Anlage und Struktur her auf Komplementarität zu den politischen Systemen der Mitgliedsstaaten angelegt. Hierbei sind die Wechselwirkungen zwischen der euro-

ARBEITSSCHRITT 1 – Stärken-Schwächen-Analyse

„EU-Vertiefung“

päischen und der nationalen Ebene von entscheidender Bedeutung. Die nationale Staatlichkeit wandelt sich unter den Bedingungen und im Gefolge der Zugehörigkeit zur EU ... Die nationalen politischen Systeme sind ohne ihre Einbettung in das EU-System nicht mehr zu verstehen, genauso, wie das politische System der EU nicht ohne seine Verwurzelung in den Nationalstaaten zu begreifen ist.

4. Dominanz der „Output-Legitimation“ über die „Input-Legitimation“ ... Die EU gilt als Paradebeispiel für ein politisches System, das vorwiegend der Logik der technokratischen Effizienz verpflichtet ist ... Die höhere Problemlösungsfähigkeit gegenüber den Nationalstaaten war und ist einer der tragenden Pfeiler für die Gründung und Weiterentwicklung der EG/EU (Frieden, Sicherheit, Prosperität) und stellt somit die primäre Legitimationsquelle der Union dar.

5. Doppelcharakter der EU als Verbund von Staaten und Gemeinschaft von Bürgern ... Die EU ist einerseits ein Verbund von Staaten und andererseits eine Gemeinschaft von Bürgern ... Der Charakter der Union als Gemeinschaft von Bürgern wurde durch die in Maastricht beschlossene Unionsbürgerschaft unterstrichen ...

Aktuell steht die EU vor weitreichenden Entscheidungen, die ihre innere Gestalt und ihre weltpolitische Rolle im 21. Jahrhundert nachhaltig prägen werden. Im Zentrum der europapolitischen und der europawissenschaftlichen Debatte stehen dabei die folgenden Aspekte:

Quelle: 2000 – 2003 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

Mehr Informationen unter: <http://www.weltpolitik.net/sachgebiete/eu/>

ARBEITSSCHRITT 1 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Vertiefung“

Ein Entwurf und 1000 Wünsche *Christoph Prantner*

Großmannssüchtige faschistische Architektur, die erschauern lässt und doch staunen macht – der römische Stadtteil EUR ist das richtige Ambiente für große Auftritte: Ob in der dortigen „Sala Congressi“ tatsächlich die jüngst oft zitierte „Büchse der Pandora“ geöffnet wird und alle möglichen Übel über eine noch verfassungslose EU kommen, darüber lässt sich vorerst nur mutmaßen. Sicher ist allein: Bei der am Samstag in Rom beginnenden Regierungskonferenz über eine Verfassung für die Europäische Union wird auf Teufel komm raus gestritten und gefeilscht werden.

Mehr als 1000 Änderungsansuchen zum Entwurf des Verfassungskonvents liegen der italienischen Präsidentschaft vor. Die Verbesserungswünsche reichen vom Minderheitenschutz bis zu substanziellen Zerwürfissen in Sachen Kommissionsbesetzung, Verteidigungspolitik und EU-Präsidentschaft.

Schon im Frühjahr, also lange vor dem Abschluss des Konvents im Juni, machte eine Gruppe von „sieben Zwergen“ von sich reden: Die sieben kleineren EU-Länder (darunter auch Österreich) probten den Aufstand gegen einen auf fünf Jahre gewählten EU-Präsidenten. Nach der Endfassung des Konventsentwurfs (der Präsident blieb übrigens drinnen, siehe Grafik) fanden die Zwerge Zulauf.

Knackpunkte

Beim Außenministertreffen in Riva del Garda und bei einem Treffen am Rande der UN-Vollversammlung in New York kristallisierten sich die „Knackpunkte“ heraus, die eine Gruppe von inzwischen 19 unzufriedenen kleinen Staaten mit den sechs Großen der Union auszufechten hat. Es geht den gleich gesinnten Kleinen vor allem um eine angemessene Repräsentation in den Institutionen (sprich: um einen stimmberechtigten Kommissar pro Mitgliedsland) und um die Kompetenzeinteilung zwischen dem geplanten EU-Präsidenten, der Kommission, dem Außenminister und dem Ministerrat. Ersteres, auch von Österreich vehement vertretene Anliegen hat unlängst Konventspräsident Valéry Giscard d'Estaing als „unsinnig“ abgelehnt: Die Kommissare hätten die Interessen der EU und nicht der Nationalstaaten zu vertreten.

ARBEITSSCHRITT 1 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Vertiefung“

Umstritten sind auch die neu austarierten Stimmengewichte der ab 2004 25 Mitglieder zählenden EU: Einige Staaten wollen unbedingt bei der Gewichtung des Vertrags von Nizza bleiben, auf dessen Basis der Verfassungskonvent erst möglich wurde. Auch die Frage einer Referenz auf die gemeinsamen christlichen Werte der Unionsländer ist nicht außer Streit gestellt.

Konfliktlinien gibt es allerdings nicht nur zwischen Großen und Kleinen, sondern auch zwischen „alten“ und „neuen Europäern“: So lehnen etwa die Briten jede Form der gemeinsamen Verteidigungspolitik außerhalb der Nato (wie sie Paris und Berlin vorschwebt) rundweg ab.

90 Prozent außer Streit

Andererseits beeilen sich alle Politiker der Beitritts- und Mitgliedstaaten festzustellen, dass der größte Teil des Verfassungsentwurfs außer Streit stehe. Über 90 Prozent des Konventsvorschlags – darunter etwa die Rechtspersönlichkeit für die EU oder die Grundrechtscharta – könnten sofort beschlossen werden.

Was den Rest betrifft, heißt es: „Am Ende wird der Realismus siegen“, so Deutschlands EU-erfahrener Außenminister Joschka Fischer. Oder, wie Tschechiens Premier Vladimír Spidla formuliert: „Ein Einbeiniger, der auf dem richtigen Weg läuft, kommt schneller ans Ziel als ein Gesunder, der sich verirrt.“ Man wird sehen, ob es der Einbeinige zeitgerecht bis zum Ziel der Ratifikation der Verfassung in den nationalen Parlamenten schafft.

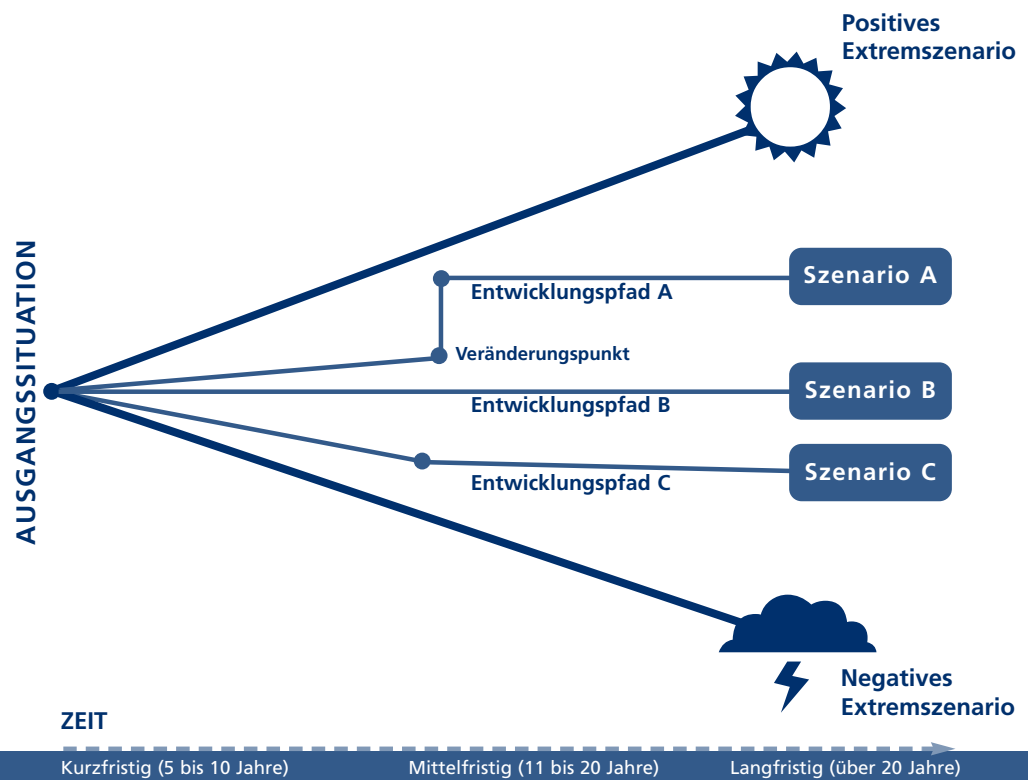
Quelle: Der Standard, 2.10.2003 (gekürzt)

Arbeitsaufgabe 2: Entwickeln Sie eine Strategie zur Umsetzung der nachhaltigen EU-Entwicklung. **Präsentieren** Sie abschließend Ihre Ergebnisse und **diskutieren** Sie diese in der Klasse.

ARBEITSSCHRITT 2 – Szenario-Methode für die EU

Die Weichen für die Zukunft der Europäischen Union werden neu gestellt. Die Reformvorschläge des EU-Konvents für eine gemeinsame Zukunft gehen weit, gleichzeitig ist der Dissens der Europäer zB im Irak-Konflikt Ihnen sicher noch in Erinnerung. Fundamentale Eingriffe in die Substanz der europäischen Integration erfordern das Bewusstsein über mögliche Entwicklungen. Diesem Zweck dient das Denken in Szenarien über die Zukunft der Europäischen Union.

Die Ausgangslage für ein Szenario ist immer die Gegenwart. Sie ist fortzuschreiben. Im Anschluss werden Extremszenarien entwickelt, ein Trendszenario wird als realistischer Mittelweg bezeichnet.



Arbeitsaufgabe: Erstellen Sie Szenarien für die Entwicklung über die Zukunft der Europäischen Union! Nutzen Sie für die Erstellung der Szenarien die Zeichnung als Struktur und die Unterlage von Algieri/Emmanouilidis/Maruhn über „Europas Zukunft“ unter: <http://www.cap.uni-muenchen.de/publikationen/cap/szenarien.htm> als Informationsquelle. Bereiten Sie eine Präsentation Ihrer Einschätzung vor und begründen Sie diese!

3.2 Vorträge mit Wanderausstellungen

„EUROPA WÄCHST ZUSAMMEN“

Ein Angebot der Industriellenvereinigung

Mitglieder der „Jungen Industrie“ stehen Schulen im Zuge von Gesprächsrunden „Rede und Antwort“. Die ausgewählten **Vortragenden** haben oft selbst Bezug zu den Erweiterungsländern. Sie sind aber nicht nur Ansprechpartner in Erweiterungsfragen, sondern können auf Grund ihrer Position gerade für die Schüler in den höheren Klassen interessante Infos über Berufsperspektiven, eigene Erfahrungen im Berufseinstieg etc. bieten. Eine offene Diskussion in bewusst **informellem Rahmen** (kein Schulforum, eher nur ein bis zwei Klassen) und aktive Einbindung der Schüler sind wichtige Teile der Veranstaltung, um das „Mitreden-Können“ und „Gehört-Werden“ den Teilnehmern zu vermitteln.

Wahlweise: In einem Vorbereitungsgespräch mit dem Klassenlehrer bespricht der Vortragende regionale/fachliche Spezifika, die in die Veranstaltung eingeplant werden können (zB welche Chancen/Risiken die EU-Erweiterung für die Region bringt; wie sich diese auf Berufsperspektiven auswirken; u.v.m.).

Kontakt: international.relations@iv-net.at

Wirtschafts- und Währungspolitik in Österreich und in der Europäischen Union

Ein Angebot des Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums

Ein Thema wird mittels anschaulichen Grafiken und Bildern auf variablen Ausstellungselementen dargestellt. Die Schautafeln werden von einer/m Fach-Referentin/en zu den Schulen gebracht, dort in einem geeigneten Raum aufgestellt und präsentiert. Dabei hält der/die Referent/in anhand der Ausstellung einen erklärenden Impuls-Vortrag und steht für Anfragen bzw. für eine Diskussion zur Verfügung.

Kontakt: www.wirtschaftsmuseum.at

3.3 Internetrecherchen

Mit diesem Thema ist auch die Gelegenheit verbunden, bei entsprechenden technischen Voraussetzungen die Nutzung des Internets einzubeziehen. Für die Nutzung des Internets im Schulalltag ist eine Mischung aus vernetzten Einzelplatzrecherchen und Gruppen von Rechnern an mehreren Orten der Schule sinnvoll. Einzelplatzrecherchen können zB für die individuelle Vorbereitung und Recherche genutzt werden. Gruppen von Rechnern ermöglichen die Arbeit der ganzen Klasse oder von Arbeitsgruppen (Workshop).

Einige Internetadressen finden Sie im Kapitel 4 Tipps und Links.

4 Tipps und Links

Tipps

Erspielen Sie sich die Erkenntnisse:

Sehr interessantes Buch: Adelmund, D./Glöde, F./Preiser, J.: Europa, Lernspiele ohne Grenzen, Verlag an der Ruhr – 17 Lernspiele für Jugendliche und Erwachsene

Medienpaket EU-Erweiterung

Der Wirtschaftspädagoge Gottfried Kögler u.a. haben dieses Medienpaket ausgearbeitet, es bietet für Jugendliche der Sek. I und Sek. II umfangreiche Lehr- und Lernarrangements. Bezug über die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule (wko.at/aws).

Links

www.europa.eu.int

Basisseite der Europäischen Union

<http://ue.eu.int/de/summ.htm>

Rat der Europäischen Union

<http://register.consilium.eu.int/isoregister/frames/introfsDE.htm>

Öffentliches Register der Ratsdokumente

<http://ue.eu.int/de/acts/index.htm>

Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates

http://www.europarl.eu.int/home/default_de.htm

Informationen über das EU-Parlament und seine Arbeit

<http://europa.eu.int/austria/>

EU-Kommission in Österreich, mit Linkliste

<http://www.zukunfteuropa.gv.at/auswahl.htm>

Zukunft Europas und Österreichs

<http://www.chancen-erweitern.gv.at/>

Portal der österr. Bundesregierung zur EU-Erweiterung

<http://www.akeu.at/index-de.shtm>

Portal der Bundesarbeiterkammer Österreich zu Europa

<http://wko.at/>

Portal der Wirtschaftskammer Österreich mit umfangreichen Information über Europa

5 Folien

1. Wandel der wichtigsten Institutionen in Zahlen 1958 – 2002
2. Von der Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs zur EU der 15
3. Von der Wirtschaftsgemeinschaft der 15 zur EU der ...
4. Die Chancen der EU-Erweiterung
5. Die ökonomische Bedeutung der EU-Erweiterung
6. Starke Handelsverflechtung mit der EU
7. Wohlstandsniveau deutlich unter EU-Standard

6 LÖSUNGSHINWEISE

ARBEITSBLATT 1 – Wirtschaft im Vergleich

Die Europäische Union ist kein einheitlicher Wirtschaftsblock, die wirtschaftliche Situation ist in den Mitgliedstaaten zum Teil relativ unterschiedlich. Besonders drastisch zeigt sich dies im Verhältnis zu den neuen Beitrittsländern.

Aufgabe 1: Bitte interpretieren Sie die Grafik.

Die Grafik zeigt, dass die Lohnstückkosten in den Beitrittsländern stark unter dem österreichischen Lohnniveau liegen und damit eine große Herausforderung für unsere Wettbewerbsfähigkeit bedeuten. Die Unterschiede werden für die einzelnen Arbeiter und Angestellten durch die Unterschiede der Kaufkraft in den Ländern zum Teil ausgeglichen.

Aufgabe 2: Überlegen Sie bitte, warum ein ausländisches Unternehmen trotz höherer Lohnstückkosten in Österreich investieren sollte!

Niedrige Arbeitskosten sind ein wichtiger Standortvorteil, allerdings gibt es noch eine Reihe weiterer Standortfaktoren.

Marktzugang und -größe => Kundennähe

Hohe Lebensqualität

Qualität der öffentlichen Schulen

Produktivität => Österreich liegt bei den Lohnstückkosten und dem Stunden-Output pro Mitarbeiter unter den Top-Ten weltweit

Gut ausgebaute Infrastruktur

Wenig organisierte Kriminalität

Hohe Luftqualität

Niedrige Umweltverschmutzung

Sozialer Frieden

Förderungen

Steuern

...

ARBEITSBLATT 1 – Wirtschaft im Vergleich

Zur Erhebung der Vor- und Nachteile des Wirtschaftsstandortes Österreich befragte das WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut) Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer der wichtigsten in Österreich tätigen Industrieunternehmen sowie einiger industrienaher Dienstleister. 41 % der Antworten kamen aus multinationalen Unternehmen mit ausländischer Zentrale, 29 % aus solchen mit Zentrale in Österreich, 30 % waren österreichische Unternehmen.

Vorzüge des Wirtschaftsstandortes Österreich

Die Gesamtbeurteilung des Wirtschaftsstandortes fiel positiv aus, insgesamt wurden in der fünfteiligen Skala 37 Faktoren als überwiegend positiv und 29 Faktoren als negativ beurteilt. Die „weichen“, d.h. schwer messbaren Umfeldfaktoren *politische Stabilität, öffentliche Sicherheit, Kultur- und Freizeitangebot, Umweltqualität und Rechtssicherheit* sowie die *konsensorientierte Lösung von Arbeitskonflikten* nehmen die ersten sechs Ränge in der Reihung der österreichischen Standortvorteile ein. Auch die *soziale Einkommensverteilung* wird im internationalen Vergleich positiv bewertet.

Die *Stabilität* der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen ist zweifellos eine grundlegende Bedingung für die Standortwahl. Die Umwälzungen in den internationalen Rahmenbedingungen und die daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Anpassungsprozesse, denen Österreich im Zuge der Ostöffnung und der EU-Integration ausgesetzt ist, bergen ein beträchtliches Potenzial politischer und sozialer Instabilität. Obwohl die notwendigen Anpassungsprozesse noch keineswegs abgeschlossen sind, konnte Österreich seine Stabilität wahren. In dieser Leistung sind auch zuversichtliche Erwartungen für die Zukunft begründet.

Die *Lebensqualität* nimmt in der unternehmerischen Standortwahl sicher nicht die oberste Priorität ein, sie spielt aber zumindest für das Angebot an mobilen und qualifizierten Arbeitskräften eine Rolle. Die Verfügbarkeit qualifizierter Mitarbeiter ist wiederum einer jener Faktoren, die bei der Standortwahl tatsächlich den Ausschlag geben können. Sie bildet nach Meinung der befragten Manager einen der wesentlichen Vorzüge Österreichs: Die *Verfügbarkeit hoch qualifizierter Arbeitskräfte* sowie jener mit *guter Ausbildung, die Initiative und Innovationsbereitschaft der Führungskräfte* und die *Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter* wird von den Befragten positiv gewertet.

ARBEITSBLATT 1 – Wirtschaft im Vergleich

Als wichtigste Quelle nationaler Wettbewerbsvorteile wird die „Doppelintegration“ Österreichs gewertet: Im Vergleich zu Standorten in Osteuropa wiegt die EU-Mitgliedschaft, im Vergleich zu vielen alternativen Standorten in Westeuropa die besondere Nähe zu den Ostmärkten als Vorteil. Dennoch hat Österreich auch Defizite: Der Aufwand, der den Unternehmen aus der Erfüllung administrativer Auflagen entsteht, belastet die Kosten. Teure Telekommunikation und hohe Energiekosten stehen indirekt mit früheren oder derzeitigen Staatseingriffen in Verbindung. Unternehmer betonen auch die teuren Umweltauflagen, diesen steht jedoch ein Wohlfahrtsgewinn gegenüber. Unsere Umwelt ist vielfach nicht „noch“ in Ordnung, sondern zB bei den Seen „schon wieder“. Und die Umwelttechnologie ist die einzige Zukunftstechnologie, in der Österreich aktiv Technologie anbietet und nicht passiv konsumiert.

Ein zweiter Standortnachteil wird im Bereich von *Innovation und Finanzierung* geortet. Die Forschungsausgaben sind in Österreich noch immer niedriger als in anderen Ländern, die Patentbilanz ist negativ, der Anteil der forschungsintensiven Industrien ist in Österreich niedriger als im europäischen Durchschnitt. Die Verfügbarkeit von Risikokapital und das Angebot an Forschungseinrichtungen von internationalem Format sind nach Ansicht der befragten Manager an alternativen Standorten wesentlich besser ausgeprägt als in Österreich. Bei den Hightech-Sektoren im Allgemeinen und bei den Zukunftstechnologien Telekom und Biotechnologie im Besonderen ist Österreich unterrepräsentiert.

Ein drittes Defizit liegt in der Kostenbelastung durch öffentliche Verwaltung und ineffiziente Regulierung. Die Steuerquote und auch die Staatsausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung sind in Österreich um 5 % höher als im EU-Durchschnitt und die Schere weitet sich aus. Teile der höheren Ausgaben fördern die Wirtschaftsleistung (zB Ausbildung), andere signalisieren aber die mangelnde Durchforstung oder ineffiziente Abwicklung überkommener Ausgaben oder eine Dreifachbürokratie auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Eine Steigerung der Effizienz und eine Durchforstung überkommener Ausgaben ist nötig, erstens, um das Budgetdefizit weiter zu senken, und zweitens, um die Steuerbelastung von Konsumenten und Wirtschaft nicht zu weit vom EU-Schnitt wegdriften zu lassen. Eine Initiative zur Reform der Staatsausgaben (parallel zur Steuerreformkommission) ist mehr als dringend. Zukunftsausgaben in Ausbildung und Forschung sollen verstärkt werden, überkommene Aufgaben sollten noch stärker gekürzt werden. Dann ist der Industriestandort im noch schärferen Wettbewerb gut abgesichert.

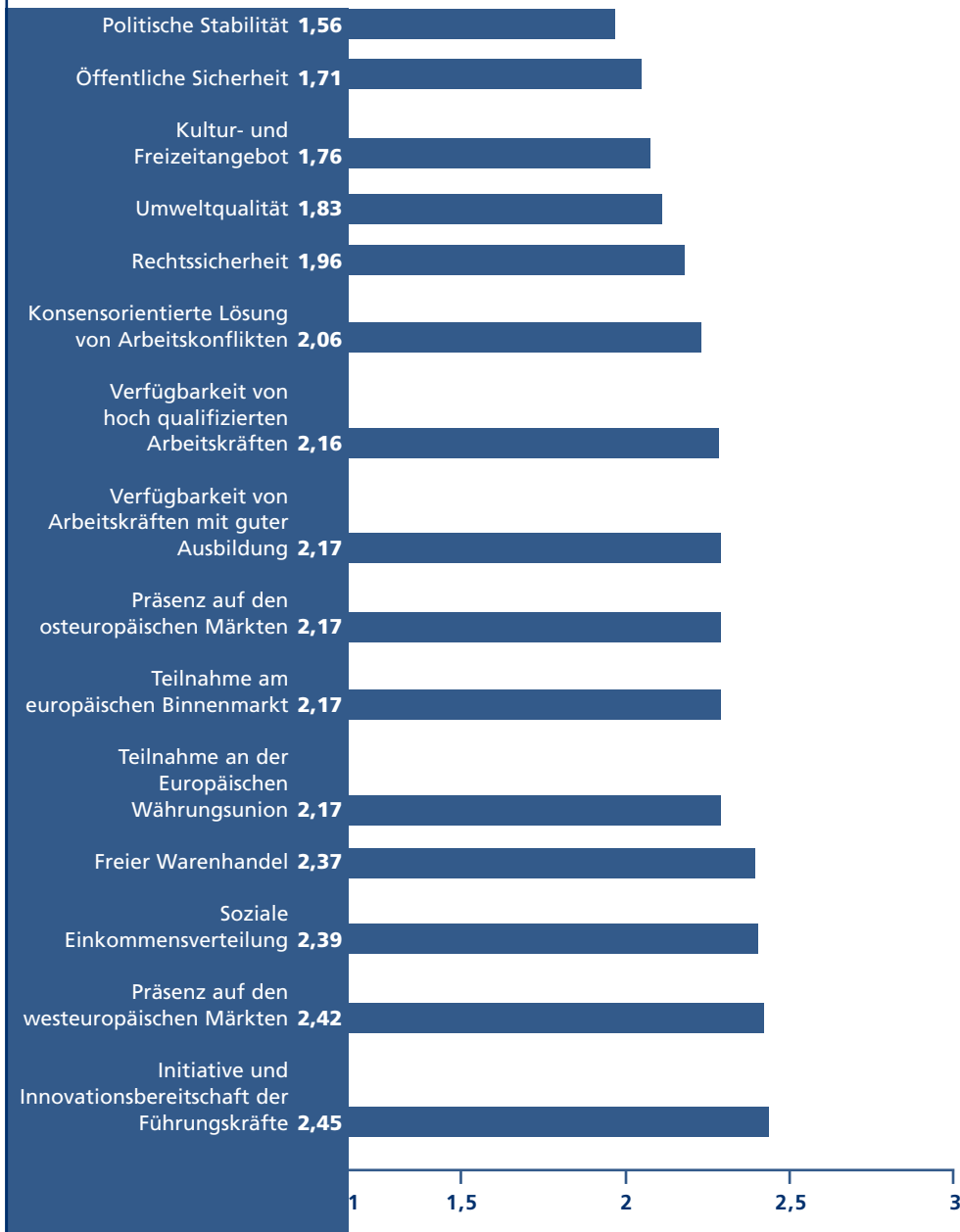
Quelle: Aiginger, K. u.a.: Impulse für das Unternehmen, Österreich, Wien 1999

ARBEITSBLATT 1 – Wirtschaft im Vergleich

ÖSTERREICHS QUALITÄT ALS INDUSTRIESTANDORT: TOP 15

Mittelwert für Benotung auf einer Skala von 1 (sehr hoch) bis 5 (sehr gering)

Quelle: WIFO

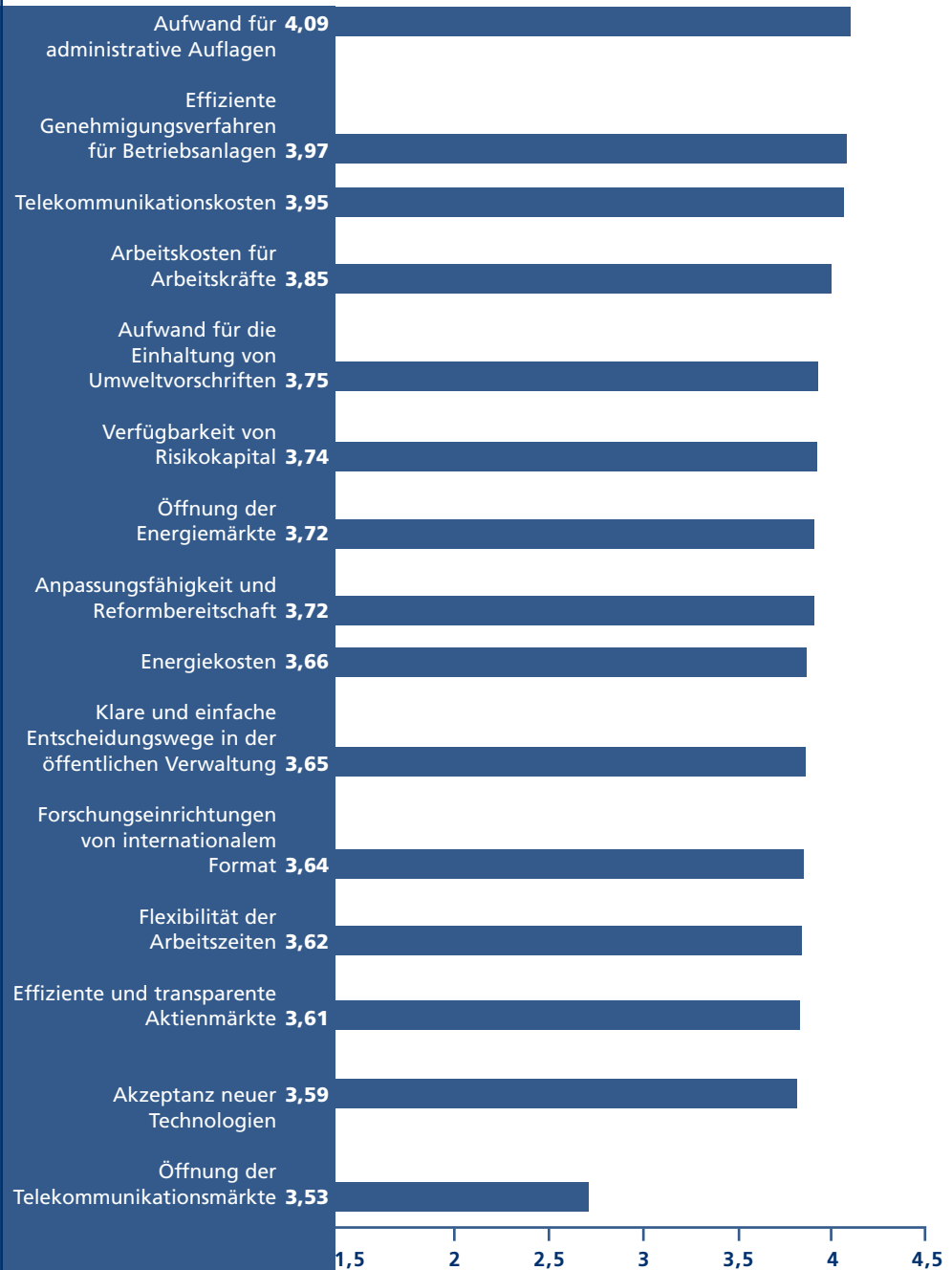


ARBEITSBLATT 1 – Wirtschaft im Vergleich

ÖSTERREICHS DEFIZITE ALS INDUSTRIESTANDORT: LOW 15

Mittelwert für Benotung auf einer Skala von 1 (sehr hoch) bis 5 (sehr gering)

Quelle: WIFO



ARBEITSBLATT 2 – Bruttoinlandsprodukt im Vergleich

In der Grafik „Wohlstandsniveau deutlich unter EU-Standard“ wurde gezeigt, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den angeführten Ländern stark unter dem durchschnittlichen Verhältnis in der EU liegt.

Aufgabe 1: Wissen Sie noch, was das Bruttoinlandsprodukt bedeutet?

Unter dem Bruttoinlandsprodukt versteht man die Zusammenfassung des Werts (in Geld ausgedrückt) aller produktiven Leistungen, die von sämtlichen im Inland aktiven Produktionsfaktoren erbracht werden.

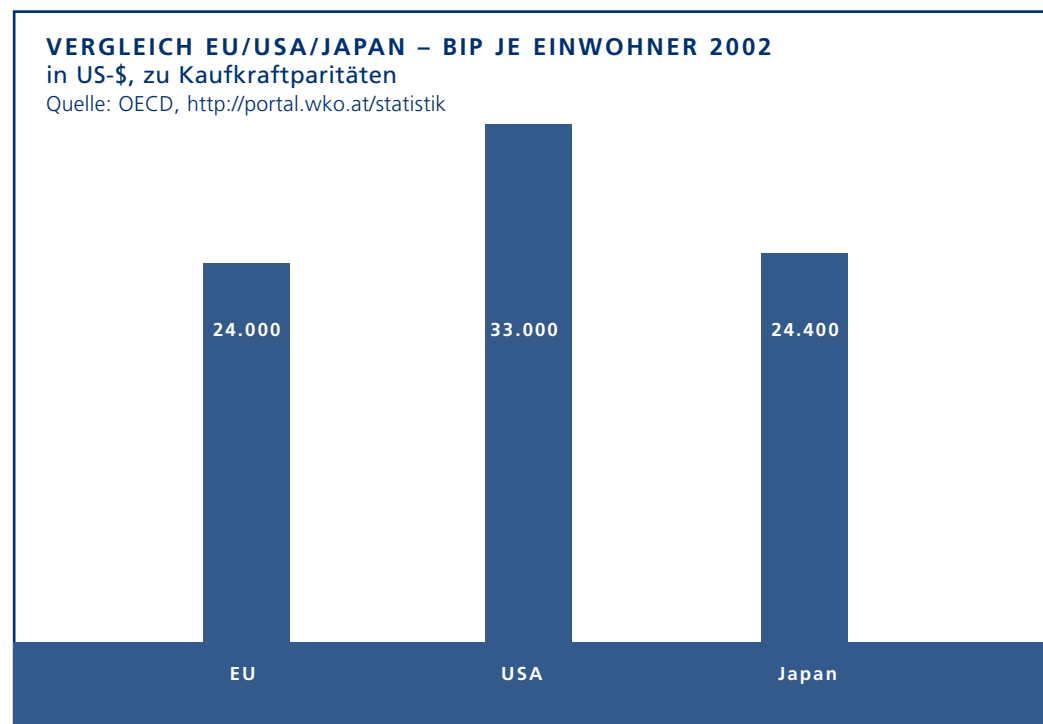
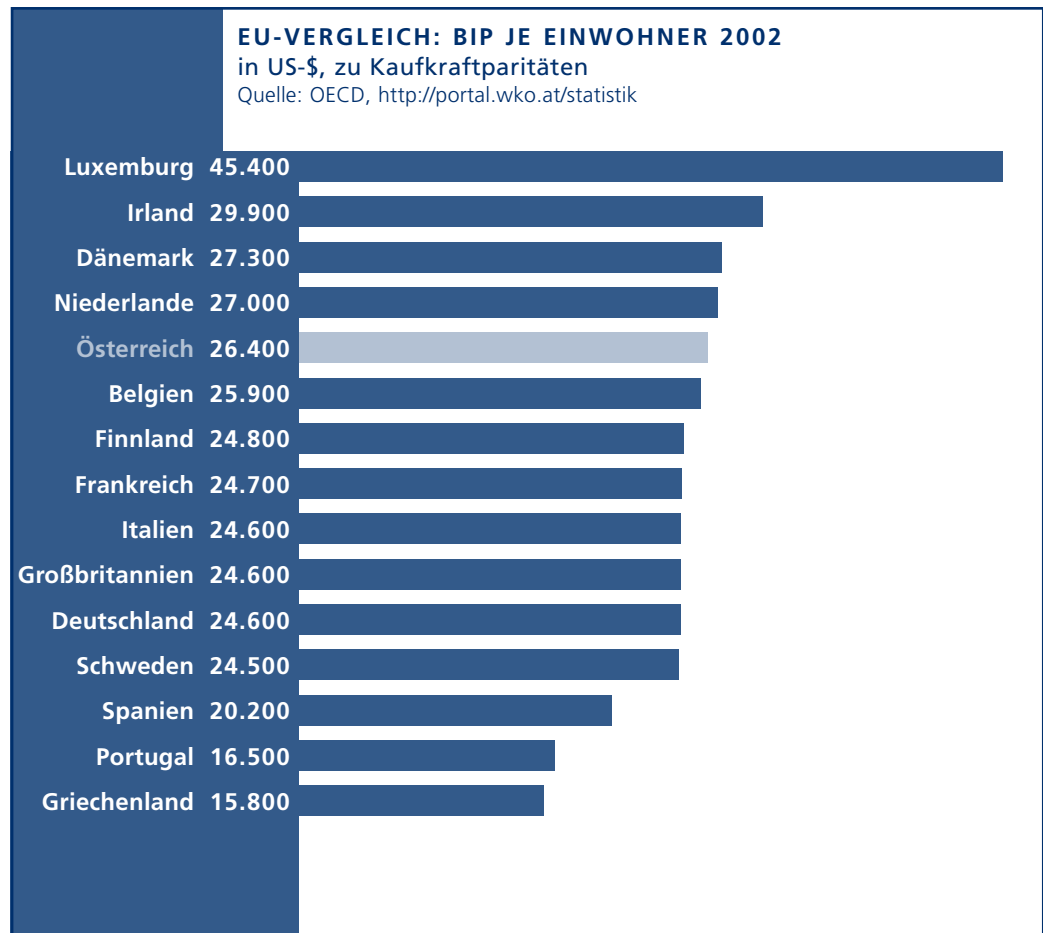
Aufgabe 2: Sie haben im Kapitel „Geld“ etwas von Kaufkraft gelernt. Warum zeigt sich ein besseres Bild des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf, wenn es zu Kaufkraftstandards verglichen wird?

Unter Kaufkraft (des Geldes) wird die Fähigkeit verstanden, mit den vorhandenen Zahlungsmitteln (Geld) Güter zu erwerben (d.h. die Warenmenge, die man mit einer bestimmten Geldmenge kaufen kann, ist von Land zu Land unterschiedlich, da das Preisniveau in den EU-Ländern unterschiedlich ist). Ein Beispiel: Sie haben sich eine Einkaufsliste geschrieben und verfügen über 150,- €. Sie überlegen, ob Sie in Paris oder Wien die Waren einkaufen sollen. Wenn die Preise in Paris höher sind als in Wien, hätten Sie in Wien eine höhere Kaufkraft für Ihre 150,- € (da sie dafür mehr Güter bekommen). Daher ist es wichtig, bei einem Vergleich von Löhnen, Bruttoinlandsprodukt etc. auch die Kaufkraft zu berücksichtigen.

Bitte ergänzen Sie die Werte für Österreich, Portugal und Griechenland. Nutzen Sie dazu das Angebot der statistischen Daten auf dem Portal der WKÖ, <http://wko.at/statistik>, oder von Statistik Austria, www.statistik.at. Wie interpretieren Sie nun das Verhältnis?

Noch interessanter ist der Vergleich des BIP nicht bloß mit dem EU-Durchschnitt, sondern mit den Werten einzelner Länder. Hier zeigt sich, dass einige der neuen Beitrittsländer (Slowenien, Tschechische Republik) bereits Griechenland (66 %) und Portugal (69 %) eingeholt haben. Österreich weist einen Wert über dem EU-Durchschnitt von 110 auf. Interessant ist auch der EU-Vergleich BIP je Einwohner. Diese Grafik zeigt, es gibt wirtschaftlich sehr erfolgreiche Gebiete in den neuen Mitgliedsländern.

ARBEITSBLATT 2 – Bruttoinlandsprodukt im Vergleich



ARBEITSBLATT 3 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Vertiefung“

Stärken	Schwächen
+ Frieden für ganz Europa	- Schwierigkeit, zu gemeinsamen Entscheidungen zu kommen
+ Demokratie in ganz Europa	- nationale Eigeninteressen
+ Stabilität	- Große Länder setzen sich gegen kleine Länder durch
+ gemeinsame Rechtsgrundlagen	- Vetorecht wird abgeschafft
+ Erfolgsgeschichte	- durch viele Mitglieder wird einiges schwieriger, zB Entscheidungen
+ Gleichberechtigung der Mitgliedsländer	- hohe Geldverschwendung
+ Freiwilligkeit des Beitritts	- Bürgerferne der EU-Politik führt zu Verständnisschwierigkeiten (vielleicht eines der größten Probleme)
+ gute Integrationsfähigkeit	- Nichteinhaltung des Stabilitätspakts
+ Solidarität zwischen reichen und ärmeren Regionen	- keine gemeinsame Fiskalpolitik
+ Förderung europäischer Projekte	
+ gemeinsame Währung	
+ gemeinsame Geldpolitik	
+ abgestimmte Wirtschaftspolitik	

ARBEITSBLATT 4 – Stärken-Schwächen-Analyse „EU-Erweiterung“

Stärken	Schwächen
+ politische und militärische Stabilität	- zum Teil hohe Arbeitslosigkeit in den Beitrittsländern
+ Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung	- Migration befürchtet, daher Übergangsregelungen
+ „soziales“ Europa kann möglich werden	- niedrige Produktivität
+ Sicherung von Arbeitsplätzen in der Exportindustrie	- die Landwirtschaft ist nicht konkurrenzfähig, daher hoher Subventionsbedarf
+ wichtige Märkte für die EU-Länder	- große Unterschiede beim BIP/Kopf
+ hoher Reformwille in den Beitrittsländern	- große Unterschiede bei der Kaufkraft
+ starke Handelsverflechtung	- hohe Kosten
+ hohe Wachstumsmöglichkeiten	- Anstieg des Verkehrsaufkommens
+ die wirtschaftlichen Kosten der Integration sind niedriger im Verhältnis zu Konfliktkosten	- hohe Mitgliederzahl in der EU
+ viele Schwächen gibt es unabhängig vom Beitritt	- Befürchtung der Erhöhung der Beitragszahlung
+ Zeitenwende durch die Integration des Ostens in Kerneuropa	- Mangel des Unternehmergeists in vielen Beitrittsländern
+ gemeinsame Rechtsgrundlage	- schlechte Infrastruktur
+ vereintes Europa	

LERNKONTROLLE 1 – Grundfreiheiten

1. Ordnen Sie den Erklärungen jeweils eine der vier Grundfreiheiten zu:

AUSSAGE	FREIER KAPITALVERKEHR	FREIER PERSONENVERKEHR	FREIER WARENVERKEHR	FREIER DIENSTLEISTUNGSVERKEHR
Das Grundprinzip teilt sich in Niederlassungsfreiheit für Selbstständige und Freizügigkeit für Arbeitnehmer, d.h., jeder Bürger der EU kann in jedem Mitgliedstaat einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit nachgehen.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Grundprinzip gewährt Personen oder Unternehmen das Recht, grenzüberschreitend Dienstleistungen anzubieten, ohne sich dort niederzulassen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Das Grundprinzip liegt in der Beseitigung und Verhütung von Handelshemmnissen. Wettbewerbsbeschränkungen sowie der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung sind mit dem Prinzip nicht vereinbar. Diese Grundfreiheit basiert auf dem gegenseitigen Vertrauen in die Qualität der Produkte, d.h., ein Produkt, in einem EU-Land zugelassen, darf in jedem anderen auch verkauft werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Für die Verwirklichung des Binnenmarktes ist die Freizügigkeit des Geld- und Kapitalmarktes eine wichtige Voraussetzung. Ohne frei verfügbares Kapital wäre freier Warenverkehr kaum möglich.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. • Unwiderruflich feste Wechselkurse.
 • Die einheitliche Währung Euro.
 • Eine einheitliche Geldpolitik.
 • Die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten soll abgesprochen werden.

3. Rat der Europäischen Union und Europäisches Parlament

LERNKONTROLLE 2 – EU-Erweiterung

1. Welche der Beitrittskandidaten sind 2004 der Europäischen Union beigetreten? Bitte markieren Sie diese Länder auf der Karte!

Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern.

2. Welche Kriterien muss ein Beitrittsland erfüllen?

- Politische Kriterien: Stabilität der Institutionen; Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten müssen garantiert werden; Fähigkeit zur Übernahme der Pflichten der Mitgliedschaft (Acquis Communautaire).
- Wirtschaftliche Kriterien: Funktionsfähige Marktwirtschaften und Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck in der EU standzuhalten.

3. In welchem Bereich hat der Prozess der Europäischen Union in den 50er-Jahren begonnen? Bitte markieren Sie die richtige Antwort!

- ☐ Politik
- ☒ Wirtschaft
- ☐ Militär
- ☐ Bildung
- ☐ Kultur